



Nr. 279 | 23.02.2023

Ukraine-Analysen

- Kriegsentwicklung
- Jahrestag der Invasion

■ ANALYSE	
Unerwartete Kriegsverläufe Von Nikolay Mitrokhin (Bremen)	2
■ ANALYSE	
Die Invasion der Ukraine nach einem Jahr – Ein militärischer Rück- und Ausblick Von Niklas Masuhr (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)	5
<hr/>	
■ KOMMENTAR	
Die Unterstützung der NATO-Alliierten für die Ukraine: Ursachen und Folgen Von Alexander Lanoszka (Universität Waterloo) und Jordan Becker (United States Military Academy West Point)	11
Der Krieg hat die Profile der EU und der USA in der Ukraine gefestigt Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	13
Wie der Krieg die ukrainische Gesellschaft stabilisiert hat Von Olexiy Haran (Nationale Universität Kyjiwer Mohyla-Akademie) und Petro Burkovskiy (Democratic Initiatives Foundation, DIF)	14
Die existenzielle Frage »Sein oder Nichtsein?« hat die Ukraine klar beantwortet Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	16
Wie und warum die Ukraine neu aufgebaut werden sollte Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)	17
Der Krieg und die Kirchen Von Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS), Berlin)	19
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 18. Februar 2023)	21
■ STATISTIK	
Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee	22
<hr/>	
■ CHRONIK	
17. – 31. Januar 2023	24

Unerwartete Kriegsverläufe

Von Nikolay Mitrokhin (Bremen)

DOI: 10.31205/UA.279.01

Zusammenfassung

Der bisherige Kriegsverlauf in der Ukraine lässt sich in vier Phasen unterteilen, die in diesem Beitrag nachgezeichnet werden: Invasion und Gegenwehr, Verteidigung und Frontbildung, Gegenoffensive und Frontfestigung und schließlich der Übergang in einen hochtechnisierten Krieg. Aus den bisherigen Phasen des Krieges lässt sich für die Zukunft schließen, dass der Krieg gegen die Ukraine noch lange andauern und enorme Schäden mit sich bringen wird.

Prognosen

Der russisch-ukrainische Krieg von 2022 und 2023 ist ein Krieg, der in jedweder Hinsicht überraschend ist. Und einer, der seine Richtung stetig ändert. Er stellt ein deutliches Beispiel dar, wie sämtliche Prognosen in sich zusammenfallen, die sich auf rationale Argumente stützen. Und wie der technische Fortschritt den Kriegsverlauf überraschend und schnell verändert. Dieser Fortschritt (in Bezug auf Mordmaschinerie und Kriegstechnologien) entwickelt sich besonders dann so schnell, wenn es einen echten und großangelegten Krieg gibt, der die Existenz von Staaten in Frage stellt.

Vor Beginn der Invasion gab es von verschiedenen Seiten eine Reihe von Prognosen darüber, welche Aussichten ein Angriff Russlands haben könnte. Allerdings waren die meisten – außer einer nicht sehr großen Zahl radikaler Vertreter der russischen Opposition (wie etwa Garri Kasparow), die von einer bevorstehenden umfassenden Konfrontation Russlands mit dem Westen sprachen, also von einem Großen Krieg – davon überzeugt, dass es um neue Kämpfe im Donbas gehen würde (oder allerhöchstens um den Versuch, die ukrainische Grenze im Nordwesten und Süden zu durchbrechen, um die Kräfte der Donezker Armeegruppe der ukrainischen Streitkräfte zu umzingeln). Es scheint, als sei die Regierung in Kyjiw vom Donbas-Szenario ausgegangen. Sie versuchte eifrig, dort Verteidigungsstellungen entlang der Kontaktlinie aufzubauen und hat nichts unternommen, um die übrigen Grenzen des Landes zu befestigen. Obgleich sie für den Fall eines russischen Durchbruchs einen Plan in Reserve hatte. Um ein Vorrücken aufzuhalten, wollte man mit halbwegs partisanenartigen Methoden in den Wäldern und auf den Feldern kämpfen, Brücken über die vielen ukrainischen Flüsse sprengen und dann Kolonnen, die durchkamen, in den Vororten von Städten wie Charkiw, Tschernihiw und Mariupol einen Kampf liefern. Diejenigen, die meinten, der Krieg könne nicht in Form einer massiven Invasion erfolgen, hatten ein rationales Argument. Die russische Armee, und auch die Verbände, die zum Februar 2022 hin an der ukrai-

nen Grenze zusammengezogen wurden, waren eigentlich zu klein für einen Überfall auf das gesamte Land. Viele waren auch überzeugt, dass in der Ukraine nach einer Besetzung die Partisanenbewegung so stark sein würde, dass die russischen Behörden nicht in der Lage wären, das Hinterland zu kontrollieren.

Phase 1 – Klassische Invasion und Gegenwehr

Im Kreml dachte man allerdings anders, und es wurde aus rund 20 verschiedenen Richtungen mit zerstreuten Kräften gegen die Ukraine losgeschlagen. Zu den 150.000 Mann der russischen Armeegruppe kamen noch mindestens 50.000 (womöglich bis zu 150.000) Mann starke Truppen der »Volksrepubliken« (die bereits im Dienst standen oder einen Monat vor dem Überfall mobilisiert wurden), Kämpfer privater Militärfirmen sowie zahlreiche Kräfte der Nationalgarde (russ.: »Roswardija«) und des FSB hinzu, die aus ganz Russland zusammengerufen wurden. Wladimir Putin, Sergej Schojgu, Nikolaj Patruschew, Dmitri Medwedew und die anderen Mitglieder jenes engen Kreises, in dem die Entscheidung für den großangelegten Krieg gefällt wurde, gingen davon aus, dass das Überraschungsmoment der massiven Invasion funktionieren würde. Sie dachten, dass sie in den ersten Stunden und Tagen des Krieges die politische und militärische Führung der Ukraine würden vernichten, neutralisieren oder einschüchtern können. Und während sich die ukrainische Führung in den Westen retten würde, könne man mit »Dolchstößen« und »Panzerkeilen« das Land zerteilen und auf wenigstens zwei Dritteln des ukrainischen Territoriums die größten Städte erobern. Das ist ungefähr das Szenario, das zu Beginn der Invasion im Süden der Ukraine funktionierte, wo die von der Krim vorstoßenden russischen Verbände, ohne auf besonderen Widerstand zu stoßen, den Dnipro überquerten, Cherson eroberten und beinahe in Saporischschja und Mykolajiw einzogen. In zwei Tagen wurde ein riesiges Territorium in vier

ukrainischen Gebieten (Oblasten) erobert, praktisch der gesamte Südosten des Landes. Proteste der Bevölkerung dort wurden schnell unterdrückt; sie mündeten nicht in eine massenhafte Partisanenbewegung. Es gab lediglich vereinzelte Anschläge des bewaffneten Untergrunds. Auch in den neu eroberten Gebieten im Osten des Landes entstand keine Partisanenbewegung.

Gleichwohl ging der Plan des Kreml nicht auf. Der Reserveplan der ukrainischen Regierung, mit dem die Invasion »in den Wäldern« und in den Vorstädten gestoppt werden sollte, hat im Großen und Ganzen funktioniert. Bei acht der neun wichtigsten Vorstoßrichtungen wurden die russischen »Panzerkeile« schließlich in den Vororten zum Stehen gebracht. Und sie wurden an den Flanken angegriffen, wobei Regierungs- und Sabotageeinheiten zum Einsatz kamen, wie auch Verbände der Territorialverteidigung, die vor dem Krieg aufgestellt worden waren. Nahezu überall waren die Aggressoren bereits anderthalb Monate nach Beginn der Invasion gezwungen, sich zurückzuziehen. Sie verloren viel Gerät, hatten heftige Probleme mit dem Nachschub von Munition, Nahrungsmitteln und Treibstoff. Damit endete die erste Phase des Krieges.

Phase 2 – Verteidigung und Stellungsaufbau

Damals hofften vor allem viele in der Ukraine, dass ein vollständiger Sieg der ukrainischen Streitkräfte nicht weit sei. Der Feind zog sich aus fast allen größeren Städten zurück und blieb in den im Frühling aufgeweichten Wegen irgendwo in den Wäldern und auf den Feldern der östlichen und südlichen Ukraine stecken. In Russland wurde das allerdings anders gesehen. Nachdem sich die russische Führung von der Idee verabschiedet hatte, alles auf einmal einzunehmen, beschloss man, in erster Linie um den Donbas zu kämpfen. Im Laufe des April stellte sich die russische Armee nicht mehr in Kolonnen auf, sondern bildete regelrechte Fronten. Sie kontrollierte jetzt weite Geländeabschnitte und nicht mehr nur wichtige Straßendämme, wie das zu Beginn der Invasion der Fall war. Dort gab es schon keinen Raum mehr für ukrainische Sabotagegruppen. Die russischen Verbände organisierten sich eine systematische Versorgung, vor allem mit Munition und Nahrungsmitteln. Und sie rückten vor, wobei sie auf ihrem Weg jeden Widerstand unter Einsatz mächtiger Artillerie- und Granatwerfersysteme vernichteten. Am 20. Mai 2022 war der Widerstand der ukrainischen Garnison in Mariupol, der beträchtliche Kräfte des Gegners gebunden hatte, gebrochen. Auf die gleiche Weise vollzogen die Streitkräfte der Russischen Föderation und andere russische Einheiten die Eroberung der nördlichen Hälfte des Gebietes Luhansk, einschließlich der wohlbefestigten Positionen im Siedlungsraum Sjewjerodonezk/Lyssytschansk. Nachdem sie diesen und die dichten Wälder im Osten

des Gebiets Charkiw erobert hatten, rückten sie unter schweren Kämpfen auf die nördliche Vorderseite des »Donezker Bogens« vor, der von Slowjansk nach Osten bis Lyssytschansk, dann weiter nach Siwersk und nach Süden bis Donezk und weiter nach Westen bis Wuhledar verläuft. Dort wurden sie am linken bewaldeten Ufer des Flusses Siwerskij Donez von den Streitkräften der Ukraine aufgehalten.

Diese Kämpfe waren, das hat die ukrainische Regierung eingeräumt, die (bislang) schwersten im Verlauf des Krieges. An einigen Tagen betrug der ukrainischen Verluste durch russischen Beschuss bis zu 300 Menschen am Tag. Allerdings änderte sich im Juli 2022 die Lage erneut drastisch und unerwartet, wodurch die dritte Phase eingeläutet wurde.

Phase 3 – Gegenoffensive und Patt

Das amerikanische Raketensystem HIMARS, das seit Anfang Juli 2022 eingesetzt wurde, erlaubte es den ukrainischen Streitkräften, die mit Raketenabwehrsystemen gespickten russischen Verteidigungsstellungen zu überwinden und die Waffenlager sowie die Einsatzstäbe der russischen Armee aus großer Entfernung punktgenau zu treffen. Bevor die russischen Einheiten auf die neue Gefahr reagieren konnten, zerstörten die HIMARS-Systeme im Donbas und im Süden der Ukraine mindestens zwei Dutzend große Militärlager und große Kommandostellen auf Armee- oder Divisionsebene. Das führte zu einem starken Rückgang der Artillerieunterstützung für die russischen Einheiten an der Kontaktlinie; und sie konnten auch nicht mehr so gut kommandiert werden. Zu jenem Zeitpunkt, nach einem halben Jahr intensiver Kämpfe, waren in vielen vorderen Infanterie-Einheiten der Besatzer nicht mehr als 30 Prozent des Personals übriggeblieben. Und die Frontlinie bestand auf russischer Seite aus einem Netz von »Stützpunkten«, die mit recht großen Abständen verstreut lagen und nur über schwache mobile Reserven in der »zweiten Linie« verfügten. Das erlaubte es den Streitkräften der Ukraine Ende August 2022, zu einer erfolgreichen Gegenoffensive überzugehen, durch die in zwei Schritten das riesige Waldgebiet befreit wurde, in dem sich die Grenzen der Gebiete Charkiw, Donezk und Luhansk treffen, einschließlich der strategisch wichtigen Städte Isjum, Lyman und Kupjansk. Darüber hinaus wurde der Norden des rechtsufrigen Teils des Gebiets Cherson befreit, was die Möglichkeit eröffnete, die gesamte Gruppierung der russischen Armee am Ufer des Dnipro unter Druck zu setzen. Im Oktober 2022 war die russische Armee gezwungen, auch aus Cherson abzuziehen. Dadurch konnte sie nicht mehr darauf hoffen, von einem in den rechtsufrigen Gegenden eroberten Aufmarschgebiet aus auf Odessa oder die zentralen Gebiete der Ukraine vorzurücken.

Allerdings stellten sich Hoffnungen, dass jetzt eine Niederlage Russlands unausweichlich sei und die Streitkräfte der Ukraine die richtige Kriegsstrategie gefunden hätten, als vergeblich heraus. Die ukrainischen Streitkräfte verfügten nicht über ausreichend Kräfte, um im September 2022 die nicht sehr große Stadt Lyman schnell einzunehmen (die Belagerung dauerte drei Wochen) und »auf den Schultern des Gegners« in das Gebiet Luhansk durchzubrechen. Ende Oktober erstarrte die Front an der Grenze der Gebiete Luhansk und Charkiw und bewegt sich seither kaum. Die dritte Phase des Krieges war abgeschlossen. In Russland wurde erfolgreich eine Mobilmachung unternommen, durch die die Zahlenstärke der Truppen im Feld wiederhergestellt wurde. Sie hat die Armee darüber hinaus mit einer beträchtlichen Reserve ausgestattet. Russland greift erneut im Donbas an und erobert (wenn auch mit riesiger Mühe) Städte.

Phase 4 und Ausblick – Züge eines modernen Krieges

In der vierten Phase des Krieges richtete sich die Konzentration auf den Kampf mit modernen Hightech-Waffen. Russland versucht seit September 2022 mit Raketenangriffen und Angriffsdrohnen das ukrainische System der Energieversorgung zu zerstören. Die Ukraine versuchte, mit ihren Drohnen (fliegende Drohnen und »Unterwasser-Drohnen«) Russland erheblichen und medienwirksamen Schaden zuzufügen, wie z. B. durch die zwei Drohnenangriffe auf den Stab der Schwarzmeerflotte in Sewastopol. Oder die Angriffe mit Unterwasser-Drohnen auf Kriegsschiffe in der Bucht von Sewasto-

pol. Die symbolträchtige Explosion auf der Krimbrücke am 8. Oktober 2022 war das Ergebnis einer erfolgreichen Sabotageaktion mit Hilfe eines verminten Lastkraftwagens. All diese Versuche erzielten ungeachtet einiger Teilerfolge keine aus militärischer Sicht relevanten Ergebnisse. Allerdings konnten dadurch neue militärische Technologien trainiert werden.

Nach Einschätzungen sowohl aus Kyjiw, wie auch aus Moskau, stehen wir vor einer neuen Phase des Krieges, in der neueste technische Mittel eingesetzt werden. In Moskau werden Angriffe Tausender fliegender Drohnen und Dutzender Unterwasser-Drohnen erwartet. In der Ukraine werden Angriffe mächtiger iranischer Raketen erwartet, und neue Vorstöße russischer Panzer. Dass Moskau für das Frühjahr oder den Sommer einen Vormarsch vorbereitet, wird nicht verhohlen. Das verschleiert womöglich einen Schlag, der am Ende des Winters erfolgen könnte.

Beide Seiten wollen kämpfen, auch wenn sie in diesem Krieg unterschiedliche Ziele verfolgen. Beide Seiten wollen dem Feind Überraschungen bereiten. Und wir, die wir an der Seite stehen, können nur der Ukraine helfen, die für uns das Opfer einer Aggression darstellt. Und wir können versuchen, Prognosen und Erwartungen à la »Wann wird das alles enden?« zu vermeiden. Was in dieser Situation klar ist: Dieser Krieg wird lange dauern. Und wir sollten unsere Prognosen und Handlungen realistisch und langfristig und nicht auf optimistische Aussichten ausrichten.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Nikolay Mitrokhin* ist assoziierter Forscher der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist Autor zahlreicher Fachpublikationen (z. B. in den Zeitschriften »Osteuropa« und »Nowoje literaturnoje obosrenije«, NLO) sowie mehrerer Bücher, u. a.: Mitrokhin, N.: Die russische Partei: Die Bewegung der russischen Nationalisten [Soviet and Post-Soviet Politics and Society, Bd. 120], Hannover: Ibidem Verlag 2014.

Die Invasion der Ukraine nach einem Jahr – Ein militärischer Rück- und Ausblick

Von Niklas Masuhr (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)

DOI: 10.31205/UA.279.02

Zusammenfassung

Der Beitrag betrachtet den sich wandelnden Kriegsverlauf in der Ukraine seit Februar 2022 in seinen bisherigen Phasen und setzt dabei die jeweiligen militärischen Ergebnisse und Muster in ihren jeweiligen Kontext. Somit ist es möglich, breitere Trends von kontextabhängigen zu trennen. Beide Seiten präferieren unterschiedliche Formen der Kriegsführung. Russland hat sich wiederholt auf einen artilleriezentrischen Stellungskrieg fokussiert, während die ukrainische Führung bemüht ist, qualitative Vorteile taktisch auszuspielen. Bisher konnten so russische Unzulänglichkeiten effektiv ausgenutzt werden. Hierbei essenziell ist die digitale Kommunikations- und Befehlsinfrastruktur der ukrainischen Armee, die jedoch von externer Unterstützung abhängig ist. Der Beitrag schließt mit einer Betrachtung der Bewertungsparameter (und -problematiken) zukünftiger Operationen. Hier geht es insbesondere um die Wechselwirkung zwischen Zeit, Raum und Ressourcen.

Einleitung

Die russische Invasion der Ukraine geht Ende Februar 2023 in ihr zweites Jahr. In ihrem Verlauf sind mehrere unterschiedliche Phasen erkennbar, definiert durch strategische Prioritäten, operative und taktische Ausführungen sowie den jeweiligen militärischen Eigenschaften der Kriegsparteien. Diese Phasen sind jedoch nicht klar voneinander zu trennen. Parallel ziehen sich gewisse Trends und Muster durch den gesamten Kriegsverlauf.

Die Streitkräfte, die sich zu Beginn der Invasion gegenüberstanden, sind aufgrund von Verlusten und Mobilisierungs- und Nachschubwellen kaum wiederzuerkennen. Das erste Jahr lässt sich in mehrere, recht distinkte Phasen einteilen, gekennzeichnet durch russische verschobene Prioritäten und das Erringen der Initiative durch die Ukraine. Solche den militärischen Realitäten und beidseitigen Anpassungen entsprechende Phasen sind nichts Ungewöhnliches. Dennoch ist auffällig, wie diese Phasen zumindest politisch und medial isoliert betrachtet und besprochen wurden und werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Diskussion um Waffensysteme und Munition, die der Ukraine geliefert werden sollen. Das Denken in einer solch abgeschlossenen Phasenlogik ist grundsätzlich nicht falsch, birgt aber analytische Risiken:

- Erstens sind bestimmte Daten schlicht nicht vorhanden: Wie gut beispielsweise neu ausgebildete und ausgerüstete Truppen auf beiden Seiten insbesondere offensiv funktionieren, ist unbekannt.
- Zweitens ist fraglich (und in vielen Punkten diskussionswürdig), welche Lektionen an die jeweilige Phase gebunden und welche »global« gültig sind. Zu nennen wäre an dieser Stelle die Frage, inwieweit bisherige russische operative Unzulänglichkeiten das

Resultat naiver Planung sind oder strukturellen Defiziten der Streitkräfte zugeordnet werden können.

- Drittens bedeutet gerade die Konsolidierung der russischen Kräfte seit Oktober 2022, dass die »Phasenlogik« zwar weiterhin durch An- und Abschwellen der Intensität reflektiert werden wird, aber nicht mehr durch die eindimensionale Wahl militärischer Instrumente. Mit anderen Worten: Infanteriewaffen, Artilleriemunition und Kampfpanzer werden auf ukrainischer Seite in Zukunft gleichzeitig und nachhaltig benötigt; es wird kaum reichen, Unterstützungspakete im Westen zu schnüren, die jeweils auf das aktuelle russische Kampfinstrument der Wahl reagieren, seien es Panzer, Artillerie oder Schläge gegen die Infrastruktur.

Dieser Beitrag betrachtet den Kriegsverlauf seit der Invasion Russlands zunächst in seinen vier Phasen, um jeweilige militärische Lehren und Muster in ihrem Kontext zu verorten. Darauf aufbauend werden der Wandel der ukrainischen Organisationslogik sowie die Kommunikationstechnologien, auf die sich Kyjiw bisher verlassen konnte, thematisiert. Der Beitrag schließt mit einer Skizze der Bewertungskriterien für zukünftige Offensivoperationen: der Wechselwirkungen aus Zeit, Raum und Ressourcen. Bei solchen Analysen gilt unverändert, dass die Datenlage verzerrt ist (über die russische Seite ist, aus gutem Grund, deutlich mehr bekannt) und dass seriöse Analysen oft mehrere Tage, wenn nicht sogar Wochen, im Verzug sind (»Nebel des Krieges«).

Betrachtung der Phasen

Russlands Führung eröffnete den Krieg mit der Annahme, dass das buchstäbliche Eintreten der Tür ausreichen würde, um die Ukraine als unabhängigen Staat

zu zerstören. Der angenommene Unterwerfungsmechanismus drehte sich um FSB-Schläferzellen in Schlüsselpositionen, signifikante Unterstützung für Moskau in der Zivilbevölkerung und die Einsetzung einer Marionettenregierung. Russische Truppen rückten als Resultat zu schnell und verstreut vor, um sich gegenseitig unterstützen zu können. Der Versuch, Kyjiw von Norden und Osten einzukreisen, scheiterte auch aufgrund der aktiven Verteidigung der westlichen und östlichen Vororte Kyjiws. Russische Luftlandetruppen erlitten in dieser ersten Phase besonders schmerzhaft Verluste, auch weil sie entgegen ihrer Spezialisierung als Allzweckinfanterie verwendet wurden.

Moskau verlagerte seine Ambitionen in der Folge nach Osten, wodurch die zweite Phase eingeläutet wurde. Vor der Invasion war eine der gängigen Annahmen, dass russische Truppen versuchen würden, den professionellen Kern der ukrainischen Armee, der an der Kontaktlinie zu den »Separatistengebieten« konzentriert war, östlich des Dnipro abzuschneiden. Dies schien auch zunächst das Ziel der russischen Ostoffensive im Frühjahr 2022 zu sein, aber auch dabei musste Moskau das Ambitionsniveau senken. Am Ende mussten sich die Russen auf einen wesentlichen Punkt konzentrieren, um gestützt auf den Verbrauch von bis zu 50.000 Artilleriegranaten pro Tag bei der Stadt Popasna durchzubrechen und die Ukraine zum Rückzug zu zwingen. In der Folge wurde in diesem Operationsgebiet der Fokus auf einen Durchbruch bei Bachmut, östlich von Slowjansk und Kramatorsk, gelegt. Im Januar 2023 verstärkten russische Truppen ihre Durchbruchsbemühungen dort, nachdem zuvor monatelang Häftlinge der Wagner-Gruppe mit großen Verlusten gegen die ukrainische Seite angerannt waren.

Für den Durchbruch bei Popasna richteten sich russische Truppen voll auf die Effizienz ihrer Artillerie aus. Die Ukraine nutzte den Moment der größten russischen Erschöpfung nach der Einnahme von Sjewerodonezk aus, um mithilfe der US-gelieferten HIMARS-Raketenwerfer die russische Munitionsarchitektur anzugreifen, die zur »Fütterung« der frontnahen Artillerie errichtet wurde. Auch hierdurch gelang es Kyjiw, nach dem Verlust von Sjewerodonezk, in einer dritten Phase in die Offensive überzugehen. Die russischen Truppen hatten sich überdehnt, sie hatten ihre Absicherung der Effizienz ihrer Artillerie für den Einsatz auf einem engen Frontabschnitt unterworfen und sahen sich wechselnden Führungsstrukturen ausgesetzt. In diese Schwächephase fielen ukrainische Gegenoffensiven gegen den russischen Brückenkopf auf der Westseite des Dnipro und östlich von Charkiw. Insbesondere während der Gegenoffensive in Richtung Kupjansk zahlte sich die graduelle Schwächung der russischen Truppen aus und die ukrainischen Truppen waren in der Lage, signifikante Gebiete zu befreien.

Anfang Oktober 2022 wurde General Sergej W. Surowkin zum Kommandeur der russischen Streitkräfte in der Ukraine ernannt. Damit wurde auf russischer Seite eine der zuvor durchschlagenden Fehlerquellen in der Kriegsführung behoben. Durch die Vereinheitlichung der Führungsebene wurden russische Truppen erstmals kohärent geführt. Der doppelte Schritt, zum einen die Aufgabe des Westufers bei Cherson, zum anderen die Mobilmachung von 300.000 Mann für die Truppen, stabilisierte die Frontlinie und erlaubte die Rotation und Reorganisation erschöpfter russischer Einheiten. Zudem wurde in dieser vierten Phase der systematische Beschuss der kritischen zivilen Infrastruktur der Ukraine begonnen.

Zentrale vs. dezentrale Operationsführung

Das Vertrauen in untere Truppenebenen wird als eine der zentralen ukrainischen Stärken im bisherigen Kriegsverlauf angesehen, besonders im Kontrast zu den sehr zentral und hierarchisch geführten russischen Truppen. Allerdings ist anzumerken, dass die fluide ukrainische Führungsstruktur zwar in den bisherigen wesentlichen Kriegsphasen ein großer Vorteil war, diese sich aber nicht unbedingt im folgenden Kriegsverlauf als ähnlich vorteilhaft erweisen muss. Zukünftige Lagen erfordern möglicherweise ein höheres Maß an Orchestrierung, als es bisher der Fall war, als auch einige entsprechend strukturell-organisatorische Anpassungen.

Während der ersten russischen Vorstöße in die Ukraine 2014 und 2015 musste sich Kyjiw angesichts des desolaten Zustands der ukrainischen Streitkräfte zum Teil noch auf Freiwilligenbataillone verlassen. In der 2016 begonnenen Streitkräftereform sollten NATO-Verfahren und -Standards eingeführt werden. Für den Erfolg dieser Umstellung entscheidend waren neben ukrainischer Kampferfahrung auch die US-amerikanischen, britischen und kanadischen Ausbildungsmissionen. Aufgrund dieser strukturellen Umstände waren ukrainische Truppen befähigt, auf unteren taktischen Ebenen Entscheidungen zu treffen und sich flexibel an Situationen anzupassen, mit denen sie konfrontiert wurden. Auch teilweise ohne formale Ausbildung waren ukrainische Kräfte somit in der Lage, die »Auftragstaktik«, wie in der NATO praktiziert, anzuwenden.

Zu Beginn der Invasion konnten ukrainische Einheiten russischen Truppen lokal hohe Verluste zufügen, auch aufgrund der Verfügbarkeit erfahrener Kader in der regulären Armee, von Reserven und territorialer Kräfte. Hierbei konnten sie fluide und über organisatorische Grenzen hinaus kooperieren. Beispielsweise gelang es einer Mischung ukrainischer Spezialkräfte, regulärer und territorialer Truppen sowie lokalen Freiwilligen im März 2022, eine Bataillonskampfgruppe der russischen Marineinfanterie bei Wosnesensk, nördlich von Myko-

lajiw, zu zerstören. An anderen Orten bedeutete diese Dezentralisierung, dass russische Nachschubkonvois dauerhaft unter Beschuss gerieten und das wiederum stellte die russischen Truppen vor signifikante Probleme. Denn es ist ein effektiver Ansatz, dezentrale territoriale Selbstverteidigungskräfte und reguläre Infanterie in einem fluiden Invasionskontext sich zu einem gewissen Grad selbst zu überlassen, insbesondere wenn ihn russische strukturelle Defizite und Unzulänglichkeiten begünstigen.

Jedoch sind auf ukrainischer Seite graduell auch Zentralisierungstendenzen sichtbar – und das aus gutem Grund. In dem Moment, in dem der Mechanisierungsgrad steigt, steigt auch der Bedarf für eine zentrale Organisation. Zum Beispiel ist es möglich, Flugabwehrsysteme wie Stinger, die von nur einer Person abgefeuert werden können, auf niedriger Ebene zu verteilen. Spricht man aber von Luftabwehrsystemen mittlerer Reichweite (wie sowjetische Buk oder Patriot der NATO) ist eine zentrale Steuerung vonnöten. Es stellen sich somit auf unterschiedlichen Ebenen Fragen zur:

- Bedrohungslage – Wo werden Sensoren und Batterien benötigt?
- Politisch-strategische Entscheidung – Welche Ziele sollen geschützt werden, militärische oder zivile?
- Logistik – Wie können die Wartung und Reparatur sichergestellt werden?

Daneben steigt mit zunehmender Intensität auch die Notwendigkeit, Operationen auf einer gewissen Ebene zu planen und zu synchronisieren, wofür bisher ungenutzte Organisationsformen und Stäbe benötigt werden. Die Zwillingsgegenoffensiven bei Kupjansk und Richtung Cherson im Herbst 2022 zeigen auf, wie geschickt die Ukraine zentrale Steuerung und Auftragstaktik miteinander in Einklang brachte. Während entlang beider Fronten die jeweiligen Befehlshaber ideal die Schwäche russischer Truppen ausnutzen konnten, wurden sie untereinander so koordiniert, dass ukrainische Truppen in beidem Kampfgebieten Erfolge verzeichneten. Allerdings wurden diese Offensiven mit einer Vielzahl leichter Brigaden geführt, also Manöverelemente von ca. 2.000 – 5.000 Personen (in NATO-Logik), die einem Frontkommandeur unterstellt waren. Dieses militärische Organigramm wird in kommenden Phasen des Krieges wahrscheinlich nicht ausreichen. Stattdessen werden Divisionen- und Korpsstufen benötigt, um den nun hochgradig mechanisierten Krieg orchestrieren zu können. Dies stellt eine weitere organisatorische Herausforderung für die ukrainischen Truppen dar, durch die sie mit der (militärisch notwendigen) Lieferung westlicher Kampf- und Schützenpanzer konfrontiert werden. Wenn es aber darum gehen soll, Manöverkrieg nach westlichem Muster zu führen, geht es nicht nur darum, Panzerzüge zu trainieren, um mit mechanisierter Infan-

terie zu kooperieren, sondern auch darum, Stabspersonal für Verbandstypen, die bisher keine Verwendung in den ukrainischen Streitkräften hatten, auszubilden.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass ukrainische Kräfte nur »nach NATO-Lehrbuch« neue Technologien und Ausrüstung integrieren könnten. In der Tat sind sie bisher sehr geschickt darin, westliche Waffensysteme, die mit abweichenden Einsatzparametern erdacht und entwickelt wurden als (post-)sowjetische Systeme, gewinnbringend einzufügen. Auch ohne »Goldrandlösungen« wurden positive Ergebnisse erzielt. Einige Beispiele: Auch ohne über ballistische taktische US-Kurzstreckenraketen vom Typ ATACMS zu verfügen, die Kyjiw sich von den USA wünscht, um auch russische Stellungen und Depots auf weitere Entfernung bekämpfen zu können, wurden Schläge in die Tiefe durchgeführt. So führten ukrainische Hubschrauber einen Luftangriff auf eine russische Raffinerie bei Belgorod durch. Bei einem anderen Angriff, bei dem das genaue Vorgehen bisher ungeklärt ist, wurde die Saki-Luftwaffenbasis auf der Krim getroffen; wahrscheinlich durch eingesickerte Spezialkräfte, die aus der Umgebung der Basis Lenkwaffen starteten. Hilfreich war dabei, dass die ukrainische Führung zu Beginn des Krieges mutmaßlich die Zerstörung russischer Logistikeinheiten als zentrale Priorität ausgab, unabhängig vom Modus. Somit war und ist unerheblich, ob ein russischer Konvoi im Hinterhalt durch Infanterie zerstört wird oder eine Lenkwaffe ein Depot trifft. Die Abnutzung der russischen Logistik bedeutet die Schwächung des Gesamtsystems der Invasionstruppen. Ebenso geschickt war die ukrainische Strategie beim Timing des Einsatzes gewisser neu erworbener Waffensysteme. Die Angriffe auf russische Munitionsdepots im Sommer 2022 zeigt dies insbesondere auf. HIMARS wurden beispielsweise dann erstmals eingesetzt, als die russische Artilleriearchitektur voll ausgebaut war und die russischen Truppen sich erschöpft hatten, also maximal verwundbar waren. In der Folge wurden US-amerikanische Antiradarraketen in ukrainischen Jagdbombern sowjetischer Bauart integriert, als Russland begann diese Depots mit Luftabwehr zu schützen.

Improvisierte Lösungen sind allerdings nicht in jedem Fall gleichermaßen wertvoll. Mit Blick auf die Nutzung kommerzieller Drohnen hat sich in den ukrainischen Streitkräften eine Improvisationskultur entwickelt, bei der zivile Drohnen sehr effektiv modifiziert und eingesetzt werden. Aber auch hier gilt eine ähnliche Logik: Lokal agierende Infanterie kann sehr davon profitieren, wenn zivile und militärische Kompetenzen zusammengeführt werden, um ein höheres Ausrüstungsniveau zu erreichen. Aber die Instandhaltung einer schweren Brigade bestehend aus mehreren Typen von Kampf- und Schützenpanzern sowie spezialisierter Ausrüstung erfordert ein höheres Maß an Zentralisie-

rung und Planung. Dies erfordert nicht notwendigerweise den logistischen Unterbau einer NATO-Brigade, aber durchaus einen höheren Grad der Zentralisierung. Ebenso ist die Zerstörung russischer Transporter schwerer zu bewerkstelligen, wenn russische Truppen aus kompakteren Defensivlinien und Aufmarschräumen operieren und die Nachschubwege somit weniger verwundbar gegenüber eingesickerten ukrainischen Truppen sind.

Breite und tiefe Kommunikationskanäle

Die Balance ukrainischer zentraler und dezentraler Elemente wird nicht nur durch menschliche Faktoren bestimmt. Die Digitalisierung der Kommunikation und Kommandostruktur ist hierbei eine absolut notwendige Bedingung. Eine digitale Infrastruktur erlaubt beispielsweise die Erfassung russischer Einheiten, ihre Verfolgung und entsprechend auch Bekämpfung mithilfe von Echtzeitdaten verschiedener Sensortypen. Mit dem Echtzeitinformations- und -kartierungssystem »Delta« haben die ukrainischen Streitkräfte ein System aufgebaut, welches ebenfalls kompatibel mit NATO-Standards ist – sowohl mit Blick auf die Übertragung von Daten, als auch den dadurch ermöglichten Modus der vernetzten Kriegsführung.

Die Datenfusion der Ukraine nutzt die Vorteile des Verteidigers voll aus. Auf der strategischen und organisatorischen Ebene werden die technologischen Kompetenzen des Technologie- und Softwarestandorts Ukraine quasi militarisiert. Entsprechend können die Streitkräfte auf einen breiten und tiefen Pool gut ausgebildeten zivilen und militärischen Personals zurückgreifen. Zweitens bedeutet die Tatsache, dass die Ukraine sich gegen einen Invasoren verteidigt und die Bevölkerung die Verteidigung des Landes geschlossen unterstützt, dass Informationen aus der lokalen Bevölkerung über russische Truppen(-bewegungen) an die zuständigen militärischen Autoritäten weitergegeben werden – dank »Delta« in Echtzeit. Somit wird ein hoher Grad situativer Wahrnehmung erreicht, der nicht auf Kommandostände beschränkt ist, sondern dank der Digitalisierung direkt und automatisiert über Laptops an Truppen vor Ort kommuniziert wird.

Die ukrainischen Streitkräfte haben somit effektiv ein hohes Niveau an »netzwerkzentrischer Kriegsführung« erreicht, eines der Lieblingsschlagworte und -zielvorstellungen des Pentagon. Egal, ob im großen US-NATO-Stil oder im improvisierten ukrainischen Kontext, es geht darum, der eigenen Führung auf einer idealen Ebene »Informationsdominanz« zukommen zu lassen. Eine häufig gebrauchte Metapher im NATO-Kontext ist das Bild eines »Ubers für Luftschläge«. Der Fortschritt in den NATO-Staaten bei diesen Konzepten ist ungleich, notorisch teuer und ineffizient; gerade deshalb ist die ukrainische netzwerkzentrische Kriegsführung

so beachtlich. Hier ist einer der offensichtlichsten Gegensätze zum russischen Militär. Nach dem Georgienkrieg 2008 schickte man sich in Moskau an, vom sowjetischen Modell weg und hin zu einem NATO-ähnlicheren Konzept der Kriegsführung zu kommen, bei dem Informationen effizienter fließen und deren Struktur weniger »kopflastig« sein sollte. Bei den kompakteren Interventionen in Syrien und dem ersten Einmarsch in die Ukraine 2014 und 2015 konnten diese Reformen in militärische Erfolge umgemünzt werden. Das russische Militär wendete dabei in der Tat modernisierte Konzepte an. Diese Methoden konnten vor der deutlich ambitionierteren Invasion 2022 jedoch nicht vollumfänglich in den Streitkräften verankert werden, auch weil die Korruption im Verteidigungssektor weiterhin endemisch ist. Auf der Ausrüstungsseite bedeutet dies, dass beispielsweise technische Kommunikationslösungen im Rahmen des »Ratnik«-Infanterieausrüstungssystems deutlich hinter den Erwartungen geblieben sind, da die Truppe ohne einheitliche moderne Funkausrüstung in den Krieg geschickt wurde. Auch deshalb ist die russische Führung auf die Heuristiken des artilleriezentrischen Stellungskriegs zurückgefallen.

Trotz der beachtlichen Leistungen sollte dieses Element ukrainischer Kriegsführung nicht davon ablenken, dass die Ukraine in mehreren Bereichen abhängig ist. Zum einen sind es die NATO-Staaten und ihre nachrichtendienstliche und Aufklärungsunterstützung. Seit Beginn der Invasion fliegen die NATO und die schwedische Luftwaffe konstant Aufklärungsflüge mit den Luftraum (AWACS) und Boden abdeckenden Radars und anderen Sensoren. Außerhalb der Reichweite dieser fliegenden Augen und Ohren verfügen die Unterstützer der Ukraine über Satelliten unterschiedlicher Sensortypen, die auch den Osten der Ukraine abdecken. Diese Unterstützung ist nicht nur relevant für die Frühentdeckung russischer Offensivbemühungen, sondern auch für die Bekämpfung russischer Schlüsselpunkte, Depots und Kommandostände.

Zweitens sind eine Reihe ziviler Akteure zu nennen, welche die Ukraine unterstützen – sei dies auf freiwilliger Basis oder auf Druck oder Anreiz der US-Regierung. Zu nennen sind hierbei insbesondere SpaceX mit Starlink und Palantir. Starlink wird von ukrainischen Truppen häufig als »Sauerstoff« bezeichnet. Die große Datenmenge, welche »Delta« benötigt und die Tatsache, dass es sich hierbei teilweise um Datenpakete (wie Bilddateien und Videos) mit hohen Anforderungen an die Bandbreite handelt, bedeutet, dass eine Internetverbindung essenziell ist. Starlink stellt bisher das logistische Gerüst dar, auch aufgrund des kompakten Formfaktors der Antennen, welche auch Gruppen und Züge von der Datenfusion profitieren lassen. Diese Art der teilimprovisierten Kriegsführung wäre mit Kommunikationstech-

nologien der letzten Jahrzehnte nicht möglich gewesen und Starlink liefert die notwendige Bedingung. Problematisch aus ukrainischer Sicht ist, dass SpaceX an mehreren Punkten des Kriegs mit einer Einschränkung oder Einstellung des Dienstes gedroht hat.

Darüber hinaus basiert die Datenfusion letztendlich auch auf Software und intelligenten Algorithmen des US-Softwarekonzerns Palantir, der sich, im Gegensatz zu beispielsweise Google und (scheinbar) Elon Musk, explizit als Teil der Rüstungsindustrie und im Dienst von US-Interessen sieht. Das Palantir-Tool MetaConstellation durchsucht beispielsweise das Netz automatisiert nach kommerziellen Satellitenbildern und wertet diese in einem ersten Schritt aus, sowohl zur Verfolgung russischer Ziele (und ermöglicht damit ihre präzise Bekämpfung), als auch zur Wirkungsanalyse ukrainischer Schläge.

Alte und neue Verwundbarkeiten

Inwieweit sich bisherige Muster im zukünftigen Kriegsgeschehen wiederholen, ist aktuell offen. Ungewissheiten bestehen mit Blick auf Substanz und Fähigkeit der Streitkräfte beider Seiten, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass sich beide während des Kriegs starken Veränderungen ausgesetzt sahen und sehen. Es ist aktuell noch wenig bekannt über die offensiven Fähigkeiten sowohl der russischen Eingezogenen als auch der ukrainischen »New Model Army«, die mit westlichen Panzern wie dem Leopard 2, Marder und Bradley ausgerüstet wird. Russlands Mobilisierung verbunden mit der Rationalisierung der Kommandostruktur hat Früchte getragen und Lehren und Erkenntnisse aus dem bisherigen Kriegsverlauf werden zu einem gewissen Grad berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Kämpfe um militärische Schlüsselpunkte reicht nicht ein Blick auf die Karte alleine. Mindestens drei Faktoren, die eng miteinander verknüpft sind, sind hier relevant: Raum, Zeit und Ressourcen.

- Orte wie Wuhledar, Bachmut und Kreminna, um die Anfang 2023 die heftigsten Gefechte geführt wurden, sind logistische Schlüsselpunkte – oder zumindest Etappen, um solche zu erreichen. Ein Beispiel: Von Kreminna aus könnten ukrainische Truppen auf Starobilsk vorrücken und damit eine der wichtigen Eisenbahnlinien aus Russland kapern. Kyjiw hätte so einen wichtigen Vorteil in der Oblast Luhansk. Die Einnahme Wuhledars würde es russischen Truppen erlauben, die Ost- und Südfrent zu vereinen.
- Zudem geht es darum, wie schnell qualifizierte Truppen ausgebildet und (wieder-) bewaffnet werden können. Hierdurch ergeben sich räumlich und zeitlich abgesteckte Vorteilsfenster für die eine oder

andere Seite, aus der Gelegenheiten und Potenziale für Offensivbemühungen abgeleitet werden. Dabei spielen auch Wetter und inländische wie ausländische politische Faktoren eine Rolle.

- Schließlich ist fraglich, wie viele und möglicherweise welche Verluste erlitten werden.

Russland hat hier klare Vorteile, da es Eingezogene und Wagner-geführte Häftlinge als Kanonenfutter verwenden kann, um ukrainische Verteidigungsstellungen aufzudecken oder gar aufzuweichen und abzunutzen. Im Februar 2023 verdichteten sich Hinweise, dass das russische Militär selbst ebenfalls die Wagnersche Strategie übernehmen will, Häftlinge mutmaßlich als menschliche Wellen einzusetzen, was den militärischen Wert solcher Taktiken für Russland aufzeigt. Solche Taktiken sind für die Ukraine beispielsweise größtenteils nicht möglich.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die Tatsache, dass die russische Seite insbesondere Defizite in der professionellen Infanterie, die auch in kleinen Gruppen teilautonom agieren kann, hat. Verluste bei Luftlandetruppen und Marineinfanterie sind daher besonders schmerzhaft, wenn Abnutzungseffekte oder Bodengewinn sich nicht in günstigen Zeiträumen einstellen.

In dieser Kategorie sind auch Munitionsreserven zu betrachten, bei denen allerdings zumindest mit Blick auf un gelenkte Artilleriemunition die Vorteile bei Russland zu liegen scheinen. So kann zwar nicht quantifiziert werden, wie lange die russische Armee beispielsweise 152mm Munition für die Artillerie zur Verfügung hat – westliche Nachrichtendienste widersprechen sich hier. Klar ist jedoch, dass Russland über eingelagerte Militärgüter der Sowjetzeit verfügt, während ukrainische Fertigungsstraßen zerstört wurden und westliche erst wieder aufgesetzt werden müssen. Eine ähnliche Abnutzungslogik liegt dem Duell zwischen billigen iranischen *Shahed*-Lenkwaffen und teuren westlich gelieferten Luftabwehrraketen zugrunde. So ist ein befürchteter Effekt der russischen Schläge auf die Infrastruktur und Zivilbevölkerung der Ukraine, dass dabei Reserven von Luftabwehrmunition der ukrainischen Seite verbraucht werden, die dann anderenorts der russischen Luftwaffe mehr Freiraum ermöglichen.

Das alles bedeutet auch, dass Bewertungen von außen nur verzögert und zum Teil erst in der Zukunft, sobald Daten vorhanden sind, möglich sind. Ein Beispiel: Die Einnahme ukrainischer Schlüsselpunkte kann erst dann abschließend bewertet werden, wenn auch klar ist, welche Seite welche Verluste erlitten hat. Wenn die Ukraine sich beispielsweise gezwungen sieht, unvollständig ausgebildete Truppen oder Reserven einzusetzen und damit abzunutzen, verringert sich automatisch auch zukünftige

ges militärisches, insbesondere offensives Potential, auch wenn ein Ort nominell gehalten wurde.

Schließlich ist festzuhalten, dass beide Seiten entsprechend ihrer jeweiligen Stärken und Schwächen unterschiedliche Formen der Kriegsführung präferieren, und dass die Vorteile bei der Seite liegen, die dem Kontrahenten ihre Kriegsführung aufzwingen kann. Russland kann seine taktischen Nachteile kaschieren, wenn es der Ukraine einen artilleriezentrischen Stel-

lungskrieg aufzwingen kann. Kyjiw hingegen peilt an, einen Manöverkrieg nach NATO-Muster zu führen, um besetztes Staatsgebiet zu befreien und seine militärischen Vorteile auszuspielen. Diese sind seit der russischen Konsolidierung weniger prononciert, können aber immer noch klar ins Gewicht fallen – auch wenn man sich aus ukrainischer Sicht nicht darauf verlassen kann, dass sich russische Defizite der ersten Kriegphasen wiederholen.

Über den Autor

Niklas Masuhr arbeitet als Senior Researcher am Center for Security Studies der ETH Zürich. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Mannheim und Strategic Studies an der Universität Reading (GB). Seine Forschungsschwerpunkte sind Streitkräfteentwicklung in Russland und innerhalb der NATO, militärische Lehren laufender Konflikte und russische Machtprojektion auf dem afrikanischen Kontinent.

Bibliographie/Lesetipps

- Bronk, J., Watling, J., Reynolds, N. (2022). The Russian Air War and Requirements for Ukrainian Air Defence. In: RUSI 07.11.2022. <https://rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/russian-air-war-and-ukrainian-requirements-air-defence>.
- Cancian, M.F., Anderson, J. (2023). Expanding Equipment Option for Ukraine: The Case of Artillery. In: Center for Strategic and International Studies, 23.01.2023. <https://www.csis.org/analysis/expanding-equipment-options-ukraine-case-artillery>.
- Fox, A. (2021). Manoeuvre is Dead? Understanding the Conditions and Components of Warfighting. In: The RUSI Journal 166 (6-7), S. 10–18. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03071847.2022.2058601?journalCode=rusi20>.
- Freedman, L. (2023). Kyiv and Moscow Are Fighting Two Different Wars: What the War in Ukraine Has Revealed About Contemporary Conflict. In: Foreign Affairs, 17.02.2023. <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/kyiv-and-moscow-are-fighting-two-different-wars>.
- Kofman, M., Lee, R. (2022). Not Built for Purpose: The Russian Military's Ill-Fated Force Design. In: War on the Rocks 02.06.2022. <https://warontherocks.com/2022/06/not-built-for-purpose-the-russian-militarys-ill-fated-force-design/>.
- Massicot, D. (2023). What Russia Got Wrong: Can Moscow Learn From Its Failures in Ukraine?. In: Foreign Affairs März/April 2023. https://www.foreignaffairs.com/ukraine/what-russia-got-wrong-moscow-failures-in-ukraine-dara-massicot?mc_cid=c5b346daa5&mc_eid=14971859d0.
- Reisner, M. (2023). Operativ-taktisches Vorgehen der russischen Armee im Ukraine-Krieg 2022. In: Hansen, S., Husieva, O., Frankenthal, K. (Hrsg.): Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik, S. 181–200. <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748933915-181/kapitel-8-operativ-taktisches-vorgehen-der-russischen-armee-im-ukraine-krieg-2022?page=1>.
- Shuster, S., Bergengruen, V. (2022). Inside the Ukrainian Counterstrike that Turned the Tide of War. In: Time Magazine, 26.09.2022. <https://time.com/6216213/ukraine-military-valeriy-zaluzhny/>.
- Zabrodskyi, M., Watling, J., Danylyuk, O.V., Reynolds, N. (2022). Preliminary Lessons in Conventional Warfighting from Russia's Invasion of Ukraine: February–July 2022. In: RUSI 30.11.2022. <https://rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/preliminary-lessons-conventional-warfighting-russias-invasion-ukraine-february-july-2022>.

KOMMENTAR

Die Unterstützung der NATO-Alliierten für die Ukraine: Ursachen und Folgen

Von Alexander Lanoszka (Universität Waterloo) und Jordan Becker (United States Military Academy West Point)

Im Januar und Anfang Februar 2022 begann sich die Ungewissheit zu verringern, die die Regierungen der euroatlantischen Gemeinschaft hinsichtlich des militärischen Aufmarschs Russlands an der ukrainischen Grenze noch haben mochten. Einige Staaten begannen, ihre militärische Hilfe für die Ukraine zu verstärken. Das Vereinigte Königreich setzte sich mit der Bereitstellung von sogenannten Leichten Panzerabwehrwaffen der nächsten Generation (NLAW) an die Spitze, samt einer Abstellung von Luftlandtruppen, um ukrainische Soldaten an diesen Waffen auszubilden. Auch Polen und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen stockten ihre Hilfe auf. Andere hielten sich hingegen zurück. Deutschland schickte lieber Helme, medizinische Güter und andere Ausrüstung, während es sich weigerte, selbst irgendwelches militärisches Gerät zu liefern. Kanada, das wegen seiner großen ukrainischen Diaspora oft als ein wichtiger Unterstützer der Ukraine betrachtet wird, lehnte es am Vorabend von Russlands großangelegter Invasion ebenfalls ab, Hilfe in Form von tödlicher militärischer Unterstützung zu liefern.

Die zögerliche Haltung, die so viele Länder dazu gebracht hatte, militärische Hilfe für die Ukraine zurückzuhalten, sollte sich bald etwas auflösen. Nach dem 24. Februar 2022 stellte die erbitterte Verteidigung Kyjiws und Charkiws durch die ukrainischen Streitkräfte eindeutig und ausgiebig unter Beweis, dass die Armee in der Lage ist, komplexe militärische Operationen gegen einen mächtigen Angreifer zu unternehmen. Natürlich kam es in den NATO-Hauptstädten zu Debatten über die Frage, ob die Bereitstellung bestimmter Waffensysteme nicht zu einer ungewollten Eskalation mit Russland führen würde. Allerdings setzte bald eine neue Entwicklung ein: Immer mehr Waffen mit immer größerer Feuerkraft aus Beständen von NATO-Mitgliedstaaten sollten der Ukraine bereitgestellt werden, angefangen von Panzerabwehrwaffen über Artilleriesysteme und Schützenpanzer bis hin zu Kampfpanzern.

Die Unterschiede, wer was geliefert hat, waren allerdings weiterhin beträchtlich. Die Vereinigten Staaten sind für die Einsatzfähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zweifellos unersetzlich gewesen, wenn es um die Aufrechterhaltung oder gar Erhöhung deren Kampfkraft ging. Auch das Vereinigte Königreich war hier von zentraler Bedeutung. Polen und die baltischen Staaten lieferten überproportional viel militärischer Hilfe. Deutschland wiederum hat der Ukraine beträchtliche Hilfe zur Verfügung gestellt, indem es selbstfahrende Boden-

Boden-Artillerie (die »Panzerhaubitzen 2000«) und selbstfahrende Flugabwehrpanzer vom Typ »Gepard« sowie Schützenpanzer vom Typ »Marder« anbot. Die Bereitstellung von Kampfpanzern vom Typ »Leopard 2« ist jetzt auf dem Weg. Einige andere NATO-Mitglieder haben in viel geringerem Umfang Hilfe geliefert. Was sind die Gründe für diese Unterschiede?

Für gewöhnlich lauteten die Argumente zu der Frage, warum sich NATO-Mitgliedstaaten bei der Lieferung von militärischer Hilfe für die Ukraine unterscheiden, wie folgt: Diejenigen, die am dichtesten an Russland liegen, haben wohl die strategisch zwingendsten Gründe für eine Unterstützung der Ukraine. Falls nämlich Russland erfolgreich die Ukraine erobern und sein Imperium in Gebieten wiederherstellen sollte, die einst zur Sowjetunion gehörten, wären sie das nächste Ziel. Andere hingegen, die sich weiter entfernt befinden, dürften wohl weniger stark das Gefühl einer Bedrohung durch Moskau haben und würden ihre politischen Ziele und militärischen Fähigkeiten lieber auf andere, für sie näherliegende Herausforderungen konzentrieren. Die Länder wiederum, die von fossilen Rohstoffen aus Russland abhängig waren, könnten die Sorge haben, dass eine militärische Hilfe für die Ukraine eine Unterbrechung bei den Energielieferungen nach sich ziehen könnte, was wiederum ihre Volkswirtschaften, die nach der Coronapandemie ohnehin um eine Erholung ringen, schwer beeinträchtigen würde. Eine weitere Überlegung wäre, dass einige NATO-Mitglieder – aus welchen Gründen auch immer – eine besondere Affinität zu Russland hegen, und dass die Not der Ukraine daher schlichtweg nicht ihre Sorge wäre.

In einem vor kurzem in der Zeitschrift »Post Soviet Affairs« erschienenen Artikel haben wir die Hypothesen, die sich aus diesen und anderen Argumenten ergeben, geprüft. Wir müssen bei den Ergebnissen einer derart begrenzten Datenbasis natürlich Vorsicht walten lassen. Schließlich hatte es nur 23 Fälle gegeben. Bei der Untersuchung der Korrelate hinsichtlich der militärischen Hilfe durch NATO-Staaten für die Ukraine stellten wir allerdings fest, dass diese Standardargumente sich kaum empirisch stützen lassen. Bei der Erstellung unserer statistischen Modelle, in die frühere Investitionen in das Verteidigungswesen, eine mögliche politische Übereinstimmung mit Russland, die geographische Lage, der Wohlstand und eine mögliche Abhängigkeit von russischen Energielieferungen einfließen, konnten wir feststellen, dass weder Energieabhängigkeit noch die geografi-

sche Lage bei der Frage einer militärischen Unterstützung für die Ukraine vorbestimmende Faktoren waren.

Wir konnten jedoch feststellen, dass früher getätigte Investitionen in die Verteidigung stark mit einer materiellen Unterstützung für die Ukraine korrelierten. Insbesondere der Anteil der Ausgaben für Betrieb und Erhalt (gemessen am BIP der einzelnen NATO-Staaten) war der stärkste und verlässlichste Indikator, den wir identifizieren konnten; diese Ausgaben stehen sowohl mit der Ausbildung wie auch mit der Entsendung von Truppen in Verbindung. Dieser Indikator war für sämtliche drei Kategorien, die wir untersuchten, am stärksten von Bedeutung, nämlich die Militärhilfe für die Ukraine nach dem russischen Einmarsch im Februar 2022, die Militärhilfe im Zeitraum bis zum Einmarsch und die gesamte (militärische und nicht-militärische) Hilfe (ebenfalls als Anteil am BIP) für die Ukraine nach dem Einmarsch.

Das wohl überraschendste Ergebnis war das Fehlen jedwedes statistisch signifikanten Zusammenhangs zwischen einer Energieabhängigkeit von Russland und einer (schwächeren) militärischen Unterstützung für die Ukraine. Sollte dieser Zusammenhang weiterhin nicht gegeben sein, wäre Russlands wichtigstes strategisches Instrument, mit dem es die Demokratien des Westens (wirtschaftlich) erpressen könnte, nahezu wirkungslos. Wenn die Europäer:innen es durch den Winter schaffen, ohne vor einer russischen Erpressung mit einem Energielieferstopp zu kapitulieren – und danach sieht es derzeit aus – wären die Bemühungen Moskaus, seine wirtschaftlichen Verflechtungen als Waffe einzusetzen, gescheitert. Das ist eine gute Nachricht für die westeuropäischen Strategen. Eine negative Folge könnte sein, dass Russland zu einem noch stärkeren atomaren Säbelrasseln greift, da sein Atomarsenal eines der letzten, wenn nicht gar das letzte Mittel darstellt, mit dem es Druck ausüben könnte.

Über die Autoren

Dr. *Alexander Lanoszka* ist Assistant Professor an der Abteilung für politische Wissenschaft der Universität Waterloo in Kanada, Gastprofessor am »College of Europe« in Natolin (Warschau) und Associate Fellow am in London angesiedelten »Council on Geostrategy«. Sein letztes Buch hat den Titel »Military Alliances in the Twenty-First Century« (Milton, Queensland: Polity 2022).

Jordan Becker, Ph.D., ist Academy Professor und Direktor des »Social Sciences Research Lab« an der Militärakademie der Vereinigten Staaten in West Point und Gastwissenschaftler an der »Brussels School of Governance« und der französischen »École de Guerre« in Paris (IHEDN & IRSEM). Dieser Beitrag gibt allein seine Forschungsergebnisse wieder und sollte nicht als Bekräftigung einer wie auch immer gearteten offiziellen Position der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet werden.

Lesetipps

- Gebauer, Matthias; Konstantin von Hammerstein: An Examination of the Truly Dire State of Germany's Military, in: Der Spiegel, 17. Januar 2023; <https://www.spiegel.de/international/germany/the-bad-news-bundeswehr-an-examination-of-the-truly-dire-state-of-germany-s-military-a-df92eaaf-e3f9-464d-99a3-ef0c27dcc797>.
- Lanoszka, Alexander; Jordan Becker: The Art of Partial Commitment: The Politics of Military Assistance to Ukraine, in: Post-Soviet Affairs, 1. Januar 2023, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2162758>.

Neben diesem überraschenden Ergebnis ist die politische Bedeutung des Zusammenhangs zwischen den Militärausgaben (Betrieb und Erhalt) und der Militärhilfe für die Ukraine insbesondere aus deutscher Sicht von Bedeutung. Deutschlands mangelnde Bereitschaft ist gut dokumentiert und der Zusammenhang zwischen Bereitschaft (durch Investitionen) und Umsetzung erscheint jetzt offensichtlich. Die Sicherheitsumgebung Europas ist mittlerweile alles andere als günstig, und es wird zunehmend klar, dass eine Vorbereitung im Voraus von zentraler Bedeutung ist, um Krisen dann bewältigen zu können, wenn sie tatsächlich ausbrechen. Die NATO-Alliierten werden auf ihrem Gipfeltreffen in Vilnius im Sommer über die Struktur eines »Versprechens von Vilnius« (*Vilnius Pledge*) in Bezug auf Verteidigungsausgaben entscheiden. Das dürfte dann auf dem »Versprechen von Wales« (*Wales Pledge/Zwei-Prozent-Ziel*), dessen 10-jährige Laufzeit 2024 endet, aufbauen und dieses womöglich ersetzen. Die deutschen Diplomaten werden dann wohl nur schwerlich die gleiche Argumentation vorbringen können wie 2014 bei den Verhandlungen über das »Versprechen von Wales« und auch in der Zeit danach, dass nämlich Investitionen in die Verteidigung nicht unbedingt gute Verteidigungsleistungen verheißen.

Es ist von zentraler Bedeutung, diese Ergebnisse zu bestätigen, sobald neue Daten verfügbar sind. Derzeit deuten alle Indikatoren auf etwas hin, das viele Verteidigungsplaner seit langem intuitiv wissen: Investitionen in die Verteidigung steigern nicht nur die Verteidigungsfähigkeit, sondern auch die Verteidigungsbereitschaft. Truppen können nicht erst während einer Krise aufgestellt werden. Sie müssen im Voraus ausgebildet, ausgerüstet und vorbereitet werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Der Krieg hat die Profile der EU und der USA in der Ukraine gefestigt

Von Susan Stewart (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Der russische Angriffskrieg hat zu einer starken Intensivierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und dem Westen geführt. Dies betrifft vor allem die USA, die EU und das Vereinigte Königreich. Bereits vor der Invasion wurde es offensichtlich, dass die ukrainische Außenpolitik eine immer höhere Priorität auf Sicherheitsaspekte legte. Seit Februar 2022 sind militärische und Sicherheitsfragen unweigerlich zum Thema Nummer eins auf der ukrainischen Agenda avanciert.

Welche Folgen hat dies für das ukrainische Verhältnis zu den USA einerseits und der EU andererseits? Auch wenn eine Intensivierung der Beziehung zu beiden Akteuren erfolgt ist, ist diese von unterschiedlicher Natur. Während die USA vor allem auf die militärischen und sicherheitspolitischen Bedürfnisse der Ukraine reagieren, ist die Hilfe aus der EU vielfältiger in ihrem Charakter. Dies hat verschiedene Implikationen sowohl für die derzeitigen Beziehungen als auch für die Zukunft.

USA: Bislang der sicherheitspolitische Anker

Das ukrainische Verhältnis zu den USA war in den Jahren vor dem Krieg alles andere als einfach. Dies gilt nicht nur für die Zeiten der Trump-Präsidentschaft, als die Ukraine wider Willen in die US-amerikanische Innenpolitik hineingezogen wurde. Auch nach dem Machtwechsel im Weißen Haus haben sich die ursprünglichen Erwartungen der ukrainischen Seite nicht erfüllt, da Joe Biden klar gestellt hat, dass er eindeutige Reformerfolge von der Ukraine erwartet. Schließlich kam es direkt vor dem Krieg zu unterschiedlichen Einschätzungen der beiden Seiten darüber, wie wahrscheinlich ein russischer Großangriff auf die Ukraine sei.

Seit dem Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 haben die USA der Ukraine mehr als 70 Milliarden Euro bereitgestellt. Etwa 48 Prozent dieser Gelder waren der Militärhilfe gewidmet. Auch wenn nicht alle Forderungen der Ukraine aufgegriffen wurden, waren es bislang vor allem die USA, die zuverlässig und im großen Stil die Ukraine mit Waffen und militärischem Gerät beliefert haben. Es hat eine klare Unterstützung sowohl vom Präsidenten als auch vom Kongress gegeben. Allerdings wächst bereits seit Monaten eine Opposition innerhalb eines Flügels der Republikaner gegen weitere Waffenlieferungen auf dem bisherigen Niveau. Deswegen ist die Zukunft der US-amerikanischen Hilfe nicht zwingend gesichert.

Die USA spielen aber nicht nur eine wichtige Rolle im bilateralen Verhältnis mit der Ukraine, sondern sind auch tonangebend und wirken koordinierend innerhalb der NATO sowie im Rahmen der G7. Deswegen wer-

den sie von der ukrainischen Seite auch in dieser Hinsicht geschätzt und als sicherheitspolitischer Schlüsselakteur wahrgenommen. Schließlich ist auch die Art der Beziehungen zwischen den USA und Russland für die amerikanischen Handlungen in Kriegszeiten relevant. Das russisch-amerikanische Verhältnis der letzten Jahrzehnte hat sich stark auf sicherheitspolitische Themen konzentriert. Dies hat es leichter und selbstverständlicher gemacht, dass die USA seit Beginn des Krieges eine Rolle spielen, die insbesondere auf die Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine eingeht, sowohl was konkrete Militärhilfe anbelangt als auch im Hinblick auf die Entstehung und Koordination einer sicherheitspolitischen Linie.

Vielfalt und Ambivalenzen prägen die komplexen EU-Ukraine Beziehungen

Die Rolle der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ist gleichzeitig vielfältiger und ambivalenter. Klar ist, dass Brüssel sich sofort nach Ausbruch des Krieges hinter die Ukraine gestellt und ihr Waffenlieferungen versprochen hat. Dies war ein schwieriger Schritt, da die EU solche Lieferungen in ein Kriegsgebiet noch nie finanziert hatte. Selbst das Instrument, mit dem dies geschah (die Europäische Friedensfazilität), existiert erst seit März 2021. Dennoch war die meiste Hilfe, die von der EU kam, finanzieller Natur. Nicht zu vergessen ist auch das Ausmaß der humanitären Hilfe, insbesondere die Aufnahme von Millionen ukrainischer Kriegsflüchtlinge in vielen Mitgliedsstaaten. Sie konnten von einer EU-weiten Sonderregelung profitieren, die ihren Aufenthalt ermöglicht und ihnen erlaubt, in den Aufnahmestaaten zu arbeiten.

Etliche EU-Mitgliedsstaaten haben auch Waffen und Militärgüter an die Ukraine geliefert und entsprechende Trainings angeboten. Aufgrund der heterogenen Natur der EU als eine Entität, die aus 27 verschiedenen Ländern besteht, war diese Hilfe jedoch uneinheitlich und im einzelnen Länderkontext oft umstritten. Dies betrifft auch die Sanktionen gegen Russland, auf die sich die EU dennoch immer wieder geeinigt hat. Selbst wenn sie denen der USA meist ähnelten, gingen ihnen oft heftige Diskussionen voraus, und das vorläufige Ergebnis musste manchmal modifiziert werden, um das Veto eines oder mehrerer Mitgliedsstaaten zu vermeiden.

Die Ukraine versucht, dieser Vielfalt gerecht zu werden, indem sie unterschiedlich auf die einzelnen Mitgliedsstaaten reagiert. Es hat sich ein enges Verhältnis zu der Brüsseler Spitzenelite gebildet, und die zahlreichen Arten der EU-Unterstützung werden in der Ukraine gesehen und gewürdigt. Dennoch lag und liegt für Kyjiw auch im Fall der EU und ihrer Mitgliedsstaaten der Haupt-

schwerpunkt auf der Möglichkeit, die Waffenlieferungen in ihrer Qualität und Quantität ständig zu steigern.

Ein wichtiger Pfeiler der EU-Unterstützung für die Ukraine ist die Verleihung des Kandidatenstatus, die am 23. Juni 2022 erfolgt ist. Kyjiw hatte den Antrag auf Mitgliedschaft bereits am 28. Februar eingereicht, also kurz nach der russischen Invasion. Dies zeigt vor allem die Intensität des Ausbaus der Beziehungen zum Westen, den die Ukraine seit dem Großangriff betreibt. Kyjiw drückt aufs Tempo, wie die großen Erwartungen im Vorfeld des EU-Ukraine-Gipfels am 3. Februar in Kyjiw gezeigt haben. Dies betrifft sowohl den Termin für die Aufnahme in die EU als auch den Beginn der Verhandlungen über die 33 Kapitel, vor dem die Ukraine sieben Vorbedingungen erfüllen muss. Es ist wahrscheinlich, dass die Aufmerksamkeit in Kyjiw lediglich dafür reichen wird, was kurzfristig zu erreichen ist. Dies war bereits vor der Invasion meistens der Fall, und zu Kriegszeiten ist es kaum zu erwarten, dass eine komplexe Reformagenda zügig durchgeführt werden kann.

Die Invasion zementiert die amerikanisch-europäische »Arbeitsteilung«

Die oben beschriebenen Unterschiede haben offensichtlich den Umgang der Ukraine mit den USA einerseits

und der EU andererseits beeinflusst. Als einheitlicher Akteur mit einem wesentlich stärkeren sicherheitspolitischen Profil sowohl in der NATO als auch vis-à-vis Russland, und als der Staat mit dem mächtigsten Militär im globalen Maßstab, waren die USA aus ukrainischer Sicht der bislang zuverlässigste Partner in einer Situation des Krieges. Hiervon zeugt, dass der erste Besuch Selenskyjs im Ausland seit Beginn der Invasion ihn nach Washington führte. Der Krieg hat also die bereits existierende Arbeitsteilung in der Wahrnehmung der Ukraine zementiert, wobei die USA primär für Sicherheit zuständig sind, die EU hingegen für finanzielle und wirtschaftliche Fragen. Trotz der unmittelbaren Gefahr für den Kontinent, die von Russland ausgeht, hat die EU den Krieg (noch) nicht zum Anlass genommen, einen Quantensprung in ihrer Kapazität als Sicherheitsakteur zu vollziehen. Die Ukraine akzeptiert dies als gegeben und agiert entsprechend. Somit stellt sie sich in eine Reihe mit einigen östlichen EU-Mitgliedsstaaten, die ihren hauptsächlichen Sicherheitsgaranten in den USA sehen.

Über die Autorin:

Dr. Susan Stewart ist Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Innen- und Außenpolitik der Ukraine sowie EU-Russland-Beziehungen.

Wie der Krieg die ukrainische Gesellschaft stabilisiert hat

Von Olexiy Haran (Nationale Universität Kyjiwer Mohyla-Akademie) und Petro Burkovskyi (Democratic Initiatives Foundation, DIF)

Kurz vor dem Beginn der russischen Invasion zeigten Umfragen, dass die Hälfte (!) der Ukrainerinnen und Ukrainer im Kriegsfall entweder kämpfen oder die Armee in jeder möglichen Form unterstützen würde (ein Fünftel der Befragten ging nicht davon aus, dass es Krieg geben würde, ein weiteres Fünftel gab an, im Kriegsfall würde man einfach versuchen zu überleben). Diese Daten waren offen zugänglich und auch weithin bekannt. Die Autoren dieses Artikels besuchten etwa wichtige westliche Botschaften in Kyjiw, um sie dort vorzustellen. Dennoch war der ukrainische Widerstand in vielen Hauptstädten eine Überraschung.

Wir gehen davon aus, dass die wichtigsten auf Russland bezogenen Veränderungen der öffentlichen Meinung in der Ukraine mit ihrer Entwicklung seit der Unabhängigkeit und vor allem seit 2014 zu tun haben.

Entscheidend war die Bildung einer inklusiven »ukrainischen politischen Nation«, in der es keine Rolle spielt, welcher Ethnie man angehört und welches die eigene Sprache und Religion sind. Stattdessen gibt es ein Verständnis der Ukraine als Heimatland, das man zu verteidigen bereit ist. Der Kreml und viele Menschen im Westen haben dieses Phänomen nicht verstanden und geglaubt, wer Russisch spricht, sei prorussisch eingestellt und wolle sich Russland gar anschließen.

Eine DIF-Umfrage von August 2022 hat zeigt, dass mehr als 90 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer stolz auf ihre Staatsbürgerschaft sind. Ein weiterer wichtiger Trend seit dem Euromaidan ist die Dominanz der gesamtukrainischen über die regionale Identität. 72 Prozent der Befragten nannten als Hauptidentität Bürger:in der Ukraine zu sein, nur für sechs Prozent war die Hauptidentität, Einwohner:in einer Region und

für 12 Prozent, Einwohner:in einer Stadt oder eines Ortes zu sein.

Ukrainischer Optimismus

Danach gefragt, ob das Land sich in die richtige Richtung entwickelt, haben Ukrainerinnen und Ukrainer traditionell mit nein geantwortet (ausgenommen jeweils eine kurze Zeit nach der Wahl eines neuen Präsidenten). Gleichzeitig blickten sie immer optimistisch in ihre Zukunft. Die legendäre DIF-Direktorin Iryna Bekeschkina erklärte das so: Als Folge jahrhundertelanger Fremdherrschaft misstrauen Ukrainerinnen und Ukrainer den Behörden und haben eine von einer anarchistischen Sichtweise geprägte politische Kultur. Zudem haben Redefreiheit, intensive politische Kämpfe im Land, Populismus und ein Pluralismus verschiedener Fernsehsender bewirkt, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer die Situation in ihrem Land zunehmend äußerst kritisch bewerten. Mit Blick auf ihre Zukunft verlassen sie sich allerdings auf sich selbst und ihren Individualismus und sind entsprechend optimistisch.

Zu Kriegsbeginn waren die Ukrainerinnen und Ukrainer der Ansicht, dass sich das Land in die richtige Richtung bewege. Den »gewöhnlichen Menschen« ist klar, dass sich der russische Autoritarismus im Abwärtstrend und sie selbst sich auf der richtigen Seite der Geschichte befinden.

Über 90 Prozent der Befragten und die Mehrheit in allen Regionen glaubt, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen wird. Von »Realisten« im Westen hören wir dagegen oft, die Ukrainerinnen und Ukrainer wären irgendwann ausgelaugt durch die Leiden des Krieges und würden dann »vernünftige Zugeständnisse« machen, etwa die Anerkennung der Annexion der Krim etc. Auch ein »Waffenstillstand koreanischen Typs« wurde vorgeschlagen.

In einer jüngeren Umfrage zum Krieg stellte das DIF eine provokante Frage: Sollen ukrainische Führungspersonen dem Kreml Zugeständnisse machen, wenn die westliche Hilfe reduziert oder ganz gestoppt wird? Nur ein Zehntel der Befragten stimmte zu, 60 Prozent antworteten mit Nein und 15 Prozent glaubten, unter diesen Umständen sollte der Konflikt eingefroren werden, ohne die russischen Bedingungen zu akzeptieren.

Eine weitere provokante Frage lautete: Soll mit Russland über ein Ende des Krieges verhandelt werden,

um Leben von ukrainischen Armeeingehörigen, Zivilist:innen, Gefangenen und Deportierten zu retten? 23 Prozent bejahten diese Frage, für 60 Prozent sind Friedensverhandlungen allerdings unmöglich, selbst um Leben zu retten, da sich Russland an Verträge nicht halten würde.

Demokratie und Staat in Kriegszeiten

Trotz des beschriebenen traditionellen Misstrauens in sämtliche Autoritäten ist das Vertrauen der Ukrainerinnen und Ukrainer in staatliche wie auch soziale Institutionen während des Krieges gewachsen. Die größte positive »Vertrauensbilanz« (70 bis 90 Prozent) genießen: die Armee (mit 90 Prozent an erster Stelle); die Nationalgarde; »Freiwillige« (im ukrainischen Sprachgebrauch ist das die Zivilgesellschaft, die die Armee materiell unterstützt), militärische Freiwilligenverbände und der Präsident der Ukraine (70 Prozent). Am wenigsten vertrauen die Ukrainerinnen und Ukrainer traditionell politischen Parteien, der Justiz, dem Bankenwesen und dem Parlament. Die Vertrauensbilanzen dieser Institutionen sind die negativsten.

In der ukrainischen Gesellschaft gibt es einerseits die andauernde Forderung nach einer »starken Hand«, wobei diese während des Krieges nur noch von 58 Prozent erhoben wird, gegenüber 75 Prozent in den späten 2000er Jahren. Auf der anderen Seite erhält die Demokratie als bevorzugtes System in den aktuellen Kriegszeiten mit 64 Prozent die höchste Zustimmungsrates – 14 Prozent der Befragten sind dagegen der Ansicht, dass »eine Autokratie unter bestimmten Bedingungen besser sein kann als eine Demokratie«. Womöglich beneiden einige westliche Gesellschaften die Ukraine angesichts dieser Umfrageergebnisse, die den demokratischen Werten neuen Auftrieb verleiht.

In Bezug auf das fortwährende Dilemma von Freiheit und Wohlstand zeigt die Umfrage vom August 2022, dass die Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer bereit ist, für Freiheiten und garantierte Grundrechte ökonomische Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, während ein Drittel der Befragten für ein besseres staatliches Sozialsystem einige Freiheiten aufgeben würde.

Der Krieg hat eine enorme Energie der Zivilgesellschaft freigesetzt. Gemeinsam mit dem EU-Kandidatenstatus stärkt das den optimistischen Blick in die Zukunft der Ukraine.

Dieser Text basiert auf zwei landesweiten Face-to-Face-Befragungen, die das DIF im August (<https://dif.org.ua/en/article/independence-day-of-ukraine-what-unites-ukrainians-and-how-we-see-victory-in-the-sixth-month-of-war>) und Dezember 2022 (<https://dif.org.ua/en/article/results-2022-under-the-blue-yellow-flag-of-freedom>) durchgeführt hat. Befragt wurden 2.000 Personen.

Der theoretische Stichprobenfehler liegt nicht über 2,3 Prozent. Gleichzeitig sind durch den Krieg möglicherweise zusätzliche systematische Abweichungen zustande gekommen, hauptsächlich wegen der Evakuierung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. An der Front und in den besetzten Gebieten, vor allem im Donbas und auf der Krim, wurden die Umfra-

gen nicht durchgeführt. Zur Diskussion um die Herausforderungen für und Aussagekraft von Meinungsumfragen im Krieg, siehe auch die letzte Ausgabe der Ukraine-Analysen (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/278/>).

Über die Autoren

Petro Burkovskyi ist geschäftsführender Direktor der Stiftung Demokratische Initiativen – Ilko Kutscheriw (Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation) in Kyjiw.

Prof. Dr. *Olexiy Haran*, Gründungsdekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie (1991–1992). Er ist dort Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Leiter der Schule für politische Analyse. Zudem ist er Forschungsdirektor der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF).

Die existenzielle Frage »Sein oder Nichtsein?« hat die Ukraine klar beantwortet

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine geht am 24. Februar 2023 nicht, wie es aktuell oft heißt, in sein zweites Jahr, sondern in sein neuntes. Er begann bereits mit der militärischen Besetzung der Krim am 20. Februar 2014, ihrer völkerrechtswidrigen Annexion einen Monat später und den anschließenden Kämpfen im Donbas, die laut gängigen Definitionen bereits ein Krieg waren.

Die russische *de jure* Anerkennung der *de facto* längst kontrollierten »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk vor einem Jahr am 22. Februar 2022 führte schließlich zur großangelegten russischen Invasion, da Russland einen angeblichen »Genozid« dort verhindern wollte. Der Krieg wurde nun in einer völlig neuen Intensität geführt, denn Russland griff die Ukraine mit mehr als 150.000 Soldaten und deutlich überlegener militärischer Ausrüstung gleich von drei Seiten an. Das Ausmaß der Zerstörung ist immens, wie täglich neue Bilder aus der Ukraine zeigen. Die Brutalität und Gewalt der russischen Truppen gegenüber der ukrainischen Zivilbevölkerung hat – zahlreiche gut dokumentierte Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen belegen dies – drastisch zugenommen. Das von Russland besetzte Territorium ist, trotz erfolgreicher Rückeroberungen durch die Ukraine, von sieben auf etwa 20 Prozent des Landes gestiegen. Die Zahl der Vertrieben und der Todesopfer hat sich vervielfacht (laut »offiziellen« Angaben der »Behörden« hatte es in der »Volksrepublik Luhansk« im gesamten Jahr 2021 nur ein (!) ziviles Todesopfer gegeben). Da es für Russland nach den ersten Wochen des Blitzkriegs militärisch nicht mehr gut lief und es sich aus der Hälfte der eroberten Gebiete wieder zurückziehen musste, änderte es in den vergangenen Monaten seine Taktik: Mit massiven Angriffen auf die kritische Infrastruktur, die eine humanitäre Krise herbeiführen sollten, versuchte man den Widerstandswillen der Bevölkerung zu brechen.

Als die großangelegte Invasion vor einem Jahr begann, trauten angesichts der klaren militärischen Überlegenheit Russlands und der Wahrnehmung der Ukraine als schwacher oder gar fragiler Staat nur wenige dem angegriffenen Land zu, länger als ein paar Wochen zu überleben. Der entschlossene Widerstand und die große gesellschaftliche Mobilisierung haben viele überrascht. Russland verfehlte seine Ziele klar, sowohl militärisch als auch politisch: Der Blitzangriff auf die Hauptstadt Kyjiw, der einen Regimewechsel zum Ziel hatte, wurde von den Ukrainer:innen erfolgreich abgewehrt. Präsident Selenskyj ist (trotz 12 Attentatsversuchen) weiterhin im Amt. Das von vielen als »in Ost und West gesplittene« bezeichnete Land ist nicht auseinandergebrochen, sondern hat sich vielmehr konsolidiert. Die Ukrainer:innen sind enger zusammengerückt und als politische Nation zusammengewachsen. Selbst die im Süden und Osten der Ukraine lebende russophile Bevölkerung, die Moskau angeblich »befreien« wollte, hat sich angesichts der erbarmungslosen Kriegsführung insbesondere in diesen Regionen endgültig von Russland abgewandt.

Die Existenz der Ukraine als Nation, die von Russlands Führung und Propaganda bestritten wird, ist international sichtbarer denn je. Das »Time« Magazin kürte den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zur »Person des Jahres«, der »Economist« die Ukraine zum »Land des Jahres« und das EU-Parlament verlieh den renommierten »Sacharow-Preis« an das gesamte »mutige ukrainische Volk«. Als Selenskyj am 21. Dezember 2022 bei seiner ersten Auslandsreise seit Beginn der Invasion vor dem US-Kongress in Washington sprach, erfuhr er einen Rückhalt wie vor ihm kaum ein anderer Staatschef – beim Zählen der »Standing Ovationen« während Selenskyjs fulminanter Rede kamen Beobachter:innen gar nicht mehr hinterher.

Laut Google zählt die Suchanfrage »Ukraine« zu den Top-3 Suchbegriffen des letzten Jahres. Die ukrainische Sprache – aus russischer Sicht bloß ein russischer Dialekt –

ist populärer denn je: Mehr als eine Million Menschen auf der ganzen Welt haben im letzten Jahr damit begonnen, Ukrainisch zu lernen. Es gibt ein gewachsenes Interesse an Konzerten, Lesungen und Ausstellungen ukrainischer Kulturschaffender, welche die ukrainische Kultur, die es laut Russland angeblich nicht gibt, in die ganze Welt tragen. Auch in meiner eigenen Zunft, der Osteuropaforschung, die sehr auf Russland fokussiert war, setzt ein Umdenkprozess ein: Die Ukraine tritt aus dem Schatten Russlands und rückt stärker in das Forschungsinteresse (wie andere unabhängige postsowjetische Staaten auch).

Je mehr Russland also versucht, die Ukraine als Staat, Nation und Volk gewaltsam zu zerstören, desto entschlossener nach innen und »existenter« nach außen wird sie. Der neoimperialistische Plan Putins, die freie und unabhängige Ukraine zu unterwerfen (und damit die aus seiner Sicht »größte geopolitische Katastrophe« des 20. Jahrhunderts ein Stück weit zu revidieren), ist angesichts der Resilienz der Ukrainer:innen, die ihre 1991 erlangte Unabhängigkeit und 2014 erkämpfte Würde nicht wieder aufgeben wollen, nicht aufgegangen. Statt des russischen »Empirebuildings« erleben wir ein ukrainisches »Nationbuilding«, zu dem Putin, entgegen seiner eigentlichen Ambitionen, selbst am meisten beigetragen hat. Und die Ukrainer:innen haben die existenzielle Frage »Sein oder Nichtsein?«, vor der sie angesichts der großangelegten Invasion vor einem Jahr standen, eindrucksvoll beantwortet: Ja, wir sind noch da oder wie US-Präsident Joe Biden es gerade bei seinem Überraschungsbesuch in der Ukraine formulierte: »Kyjiw steht, die Ukraine steht!«.

Trotz des hohen Blutzolls und der Sehnsucht nach Frieden und Normalität – die übrigens nirgends so groß sein

dürfte wie in der Ukraine, was in der deutschen Debatte gern übersehen wird – lehnt die überwältigende Mehrheit der Ukrainer:innen territoriale Konzessionen als »Preis« für einen Waffenstillstand strikt ab. Denn sie wissen besser als alle anderen, dass ihnen unter russischer Besatzung Verfolgung, Folter, Deportation, Terror und Tod drohen.

Präsident Selenskyj hat eine »Friedensformel« mit 10 Punkten vorgelegt. Russland lehnt diese jedoch ab und besteht weiterhin auf seinen Maximalforderungen. Im Gegenteil, es deutet alles darauf hin, dass Russland seine militärischen Versuche in den kommenden Wochen und Monaten in Form einer neuen Offensive wieder intensiviert. Die Ukrainer:innen sind wiederum überzeugt, dass sie diesen Krieg mit westlicher Unterstützung, die in den kommenden Monaten neu eintreffen wird, gewinnen werden. Sie kämpfen daher weiter, für ihre Freiheit, ihre Würde und unsere gemeinsamen Werte.

Wenn wir die »Zeitenwende« sowie unsere europäischen und humanistischen Werte, die aktuell in der Ukraine auf dem Spiel stehen – einem europäischen Land, das inzwischen ein offizieller EU-Beitrittskandidat ist –, wirklich ernst nehmen, dann müssen wir die Ukraine bis zum Sieg und zu einem gerechten Frieden entschlossen und konstant unterstützen, und zwar humanitär, wirtschaftlich, finanziell, politisch und angesichts der fortwährenden russischen Angriffe vor allem auch: militärisch.

Tun wir das nicht, verraten wir nicht nur unsere eigenen Ideale und 40 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer, die ihre Hoffnungen auf uns setzen. Sondern wir schaffen uns, sollte Russland gewinnen, für die nächsten Jahre und vielleicht sogar Jahrzehnte ein noch größeres sicherheitspolitisches Problem in Europa.

Über den Autor:

Dr. *Eduard Klein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Wie und warum die Ukraine neu aufgebaut werden sollte

Von Andreas Umland (Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien)

Zwei der kompliziertesten Aufgaben der ukrainischen Zusammenarbeit mit ausländischen Regierungen in den nächsten Jahren werden die:

- a. Sicherstellung einer ausreichenden öffentlichen Unterstützung des Westens für die Aufrechterhaltung und Ausweitung der umfangreichen militärischen, humanitären und Entwicklungshilfe für die Ukraine sowie die
- b. Einbeziehung möglichst vieler Privatunternehmen und anderer Nichtregierungsorganisationen in den Wiederaufbau der Ukraine trotz der hohen Sicherheitsrisiken.

Um der ersten Herausforderung zu begegnen, sollten sowohl die ukrainische als auch westliche Regierungen ihre Kriegsziele und den Nutzen der Hilfen für Kyjiw klarer kommunizieren. Die derzeit vorherrschenden »idealistischen« Argumente hinsichtlich europäischer und/oder allgemeiner menschlicher Solidarität, Empathie und Werte (einschließlich Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie usw.) sind weiterhin gültig und erwähnenswert. Sie müssen jedoch durch »realistische« Argumente über verschiedene *nicht-ukrainische* individuelle, nationale und transnationale Interessen ergänzt werden, denen

durch die anhaltende westliche Unterstützung für Kyjiw entsprochen wird. Dazu gehören positive Auswirkungen auf das weltweite Vertrauen in das Völkerrecht.

Ein besonders wichtiger Effekt der westlichen Hilfen für Kyjiw ist ihre stabilisierende Wirkung auf Absprachen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Seit 2014 rüttelt Moskau an der Logik und Wirksamkeit des Atomwaffensperrvertrags (NVV). Seit bald neun Jahren greift Russland als offizieller Atomwaffenstaat einen offiziellen NVV-Nichtkernwaffenstaat an und terrorisiert seine Zivilbevölkerung. Zudem besaß das Opferland einst ein großes Nuklearwaffenarsenal, welches Kyjiw im Gegenzug für Sicherheitszusagen der fünf offiziellen NVV-Atomwaffenmächte 1994 aufgab. Diese und andere hohe Opportunitätskosten sowie die verschiedenen schwerwiegenden Alternativen, die sich ergeben, falls die Ukraine keinen Erfolg hat, sollten häufiger und ausführlicher dargelegt werden.

Um die zweite große Herausforderung zu bewältigen, müssen die Regierungen der Ukraine und des Westens ein Bündel an Mechanismen entwickeln, um ausländische Investitionen und Handelstätigkeiten vor verschiedenen Auswirkungen und Unwägbarkeiten des Krieges zu schützen. Dies bedeutet unter anderem die ständige Versorgung der Ukraine mit Verteidigungswaffen und vor allem Flugabwehrgeräten, die kontinuierliche Unterstützung der Stärkung der ukrainischen Sicherheitsbehörden sowie die Einrichtung militärischer und politischer Risikoversicherungen für Investoren und Handelspartner der Ukraine. Darüber hinaus können andere Maßnahmen dazu beitragen, ausländische kommerzielle und Nichtregierungsorganisationen für ein stärkeres Engagement in der Ukraine zu gewinnen.

Die physische und rechtliche Infrastruktur für den Zugang befreundeter ausländischer Einzelpersonen und Strukturen zur Ukraine muss verbessert werden. So ist die Transportinfrastruktur zwischen der Ukraine und EU zu renovieren und zu standardisieren, um – in Ermangelung von Luftverkehr – eine schnellere und einfachere Beförderung von Menschen und Waren von West nach Ost und umgekehrt zu gewährleisten. Die neue Initiative »EU-Ukraine Solidarity Lanes« kann, neben anderen Instrumenten, Lösungen für solche Herausforderungen für den grenzüberschreitenden Handel bieten. Eine ähnlich grundlegende Rolle spielt der WWW-Zugang und die Internetabdeckung im ganzen Land. Investoren und anderen ausländischen Organisationen muss entweder eine stabile Versorgung mit Kommunikation, Strom, Wasser und Heizung zur Verfügung gestellt oder die Möglichkeit gegeben werden, diese selbst sicherzustellen.

Bislang ist die Hilfe des Westens für die Ukraine in ihrer strategischen Formulierung, materiellen Substanz und öffentlichen Wahrnehmung eine Rettungsaktion.

Die Wiederaufbauplanung ist jedoch von Anfang an auch als zukunftsweisendes Programm – als »building back better« – konzipiert worden, sowohl von ukrainischen als auch von westlichen Expert:innen. Sie sollte noch deutlicher als bisher als eine Agenda nicht nur der Hilfe, sondern auch Erneuerung verstanden und dargestellt werden, d. h. als ein Prozess, aus dem eine modernere und erfolgreichere Ukraine hervorgehen wird.

Sowohl aus psychologischen als auch aus praktischen Gründen sollte westlich-ukrainischer Austausch künftig stärker als bisher in beide Richtungen fließen. Westliche Regierungen und nichtstaatliche Akteure sollten, auch im eigenen Interesse, die besonderen neuen Erfahrungen und das Wissen, das ukrainische Einzelpersonen und Institutionen vor und während des aktuellen Krieges gesammelt haben, aktiver und öffentlicher nutzen. Dies betrifft vor allem, aber nicht nur, die Durchführung und Abwehr von militärischen und hybriden Operationen im Rahmen eines bewaffneten Konflikts mit einem hochgradig aggressiven Gegner. Auch im zivilen Bereich kann die Ukraine wertvolle Erkenntnisse aus der erfolgreichen Digitalisierung, Liberalisierung und Dezentralisierung ihrer Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft teilen. Wenn ukrainische Hilfe für ausländische Regierungen, einschließlich der moldauischen und georgischen, ermöglicht und sichtbar gemacht wird, wird dies sowohl den ukrainischen Stolz auf die Errungenschaften des kämpfenden Volkes als auch die westliche Sympathie dafür erhöhen.

Eine Neu- und nicht nur Wiedergeburt der Ukraine wird einen sicherheitspolitischen Nachhall über Osteuropa hinaus haben. Ein erfolgreicher Neuaufbau des Landes kann potenziell expansionistischen Akteuren in der ganzen Welt zeigen, dass militärische Aggressionen nicht nur ihre Ziele verfehlen werden. Internationale Reaktionen auf Angriffe gegen verwundbare Staaten können sogar bestimmte positive Nachwirkungen für die angegriffenen Nationen haben. Eine paradoxe Folge einer Aggression sollte sein, dass die geopolitische Position des Opfers hierdurch eher gestärkt als geschwächt wird. Auch die innere Lage des angegriffenen Landes kann sich durch resolute Reaktion internationaler Partner des Opferstaates auf einen militärischen Angriff teilweise verbessern und nicht nur verschlechtern.

Ein solches Signal wird nicht nur für die Ukrainer:innen von Vorteil sein. Es dürfte auch zu einer Festigung der internationalen Ordnung, Beruhigung kleinerer Länder und Stärkung des Systems der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen führen. Das Schicksal der Ukraine sollte sowohl künftigen möglichen Aggressoren als auch ihren potenziellen Opfern drei einfache Lektionen erteilen: (a) Es gibt keine Macht des Stärkeren. (b) Regeln werden aufrechterhalten. (c) Die mächtigeren Staaten schützen die schwächeren.

Dadurch können das Völkerrecht und internationale Organisationen gestärkt werden. Ein daraus resultie-

render Zuwachs an weltweiter Sicherheit und zwischenstaatlichem Vertrauen liegt im Interesse aller Menschen.

Über den Autor:

Dr. *Andreas Umland* ist Analyst am Stockholmer Zentrum für Osteuropastudien (SCEEUS) des Schwedischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (UI) und Dozent am Fachbereich Politologie der Kyjiwer Mohyla-Akademie. Dieser Text ist ein Auszug aus dem SCEEUS Report 1/2023, der in englischer Sprache im Januar erschien.

Der Krieg und die Kirchen

Von Regina Elsner (Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS), Berlin)

Eine Ausrichtung mit Folgen

Am 24. Februar 2022 wandte sich das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), Patriarch Kirill, mit einer Stellungnahme an die Gläubigen. Darin heißt es: »Mit tiefem und herzlichem Schmerz nehme ich das Leid der Menschen wahr, das durch die Ereignisse verursacht wurde. Als Patriarch der gesamten Rus' und Primas der Kirche, dessen Herden sich in Russland, der Ukraine und anderen Ländern befinden, fühle ich zutiefst mit all den Betroffenen mit.« Ohne in dem gesamten Text zu erwähnen, um welche »Ereignisse« es sich handelt, legte Patriarch Kirill in wenigen Sätzen die Argumentation offen, mit der er in den kommenden Monaten Russlands Krieg gegen die Ukraine rechtfertigen würde: die »gottgegebenen Gemeinsamkeiten« des russischen und des ukrainischen Volkes, die gegen eine mutwillige Spaltung geschützt werden müssen. Nicht nur der Krieg selbst, sondern auch die Haltung der russischen Kirchenleitung zu diesem Krieg wird die orthodoxe Landschaft der Region langfristig grundlegend verändern.

Russische Orthodoxie: Moralische Bankrotterklärung

Die Leitung der ROK hat, mit verschiedenen Nuancen und Dynamiken, Russlands militärisches Handeln in der Ukraine seit dem 24.02.2022 unverändert unterstützt. Wortführend ist dabei Patriarch Kirill, der in zahlreichen Predigten die geistliche bzw. »metaphysische« Dimension des Krieges als Verteidigung gegen das Böse und äußere Feinde der historischen Rus' darlegt hat. Die Charakterisierung des Krieges als *Verteidigung* ermöglicht es der Kirchenleitung, Konzepte des »gerechten Kriegs«, der humanitären Intervention und einer religiös begrüßenswerten Selbstaufopferung der Soldaten der russischen Streitkräfte anzuwenden. Kirchliche Medien schließen nahtlos an die politische Propaganda über den angeblichen Faschismus und Satanismus in der Ukraine an, und Militärseelsorger gelten als wichtigste Akteure der ideologischen Mobilisierung an der Front.

Eine besondere Bedeutung nimmt die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) ein. Aus der Perspektive der ROK gehört die Orthodoxie der Ukraine kirchenrechtlich zum Moskauer Patriarchat. Alle anderen orthodoxen Kirchen in der Ukraine gelten als Spaltungsversuch, und Kritik in der Ukraine an der UOK aufgrund ihrer Verbindung nach Moskau werden als staatliche Repressionen gedeutet. Die ukrainischen Gläubigen werden so durch Moskau als »Märtyrer für den Glauben« vereinnahmt, ohne jedoch ihre tatsächliche Lage, ihre ukrainische Identität und ihren Widerstand gegen den Krieg wahrzunehmen.

Die Haltung der Kirchenleitung zum Krieg ist auch deswegen so desaströs, weil sie einerseits die Verbrechen der russischen Armee, das brutale Vorgehen gegen Zivilist:innen, die Deportation von ukrainischer Bevölkerung, und andererseits die massiven Repressionen gegen Kriegsgegner:innen in Russland selbst ignoriert. In der Kirche werden Priester und aktive Gläubige, die nicht mit der offiziellen Position zum Krieg einverstanden sind, von staatlichen und kirchlichen Organen unter Druck gesetzt, es werden Kündigungen und Versetzungen ausgesprochen, einige Strafverfahren führten zu hohen Geldstrafen. Der Widerstand innerhalb der Kirche ist darum kaum wahrnehmbar, Priester, die häufig kinderreiche Familien haben, gehen ein großes Risiko ein, wenn sie sich öffentlich äußern. Denunzianten berichten nachweislich aus Gottesdiensten an die Kirchenleitung.

In dieser Situation muss man von einer moralischen Bankrotterklärung der Leitung der ROK sprechen, deren Zukunft nach dem Krieg vollkommen unklar ist. Zwar bemühen sich ökumenische Partner wie der Vatikan oder der Ökumenische Rat der Kirchen um einen fortgesetzten Dialog, diese Kontakte werden jedoch durch die ROK regelmäßig als Zeichen der Zustimmung instrumentalisiert. Die völlig unverhüllte ideologische Unterstützung von Russlands Vernichtungsplänen der Ukraine mit scheinbar christlichen Argumenten machen die Kirchenleitung zu toxischen Teilnehmern jeglicher Gespräche, die sich kirchlich oder gesellschaftlich um Frieden bemühen.

Ukrainische Orthodoxie: Spirituelle Unabhängigkeit und Identitätskonflikte

Die Vereinnahmung der ukrainischen Orthodoxie durch das Moskauer Patriarchat hatte seit der Unabhängigkeit der Ukraine zu Identitätskonflikten der Kirchen im Land geführt. Die Kirchenfrage wurde politisch instrumentalisiert, sowohl in der Ukraine (besonders im Zuge des Wahlkampfes von Poroschenko 2018), als auch von Russland (wo man der Ukraine Repressionen gegen die UOK vorwarf und die angebliche Verfolgung von Christen schließlich ein zentrales Argument der Kriegsführung wurde). Unter dem Vorwand des Schutzes orthodoxer Gläubiger wurden seit Februar 2022 mehr als 140 Kirchen der UOK durch die russische Armee zerstört, insgesamt sind ca. 500 religiöse Gebäude betroffen.

Mit der großangelegten Invasion seit Februar 2022 wandte sich die Mehrheit der Gläubigen, Priester und Bischöfe der UOK endgültig von Moskau ab. Zunächst wurde der Patriarch nicht mehr in der Liturgie genannt, dann wuchs die Zahl der Übertritte in die seit 2019 unabhängige, mit der UOK konkurrierende Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU). Schließlich beschloss ein Konzil am 27. Mai 2022 die »vollständige Trennung« der UOK vom Moskauer Patriarchat. Allerdings blieb diese Erklärung kirchenrechtlich vage; Moskau ignorierte sie vollständig und erklärte die Entscheidung mit dem »beispiellosen Druck auf die Kirche«. Gleichzeitig gab es vermehrte Beweise über die Kollaboration von Bischöfen und Priestern der UOK mit den russischen Besatzern. Die Kirche wurde zu einem der wichtigsten Schauplätze der Suche nach dem innerukrainischen Feind. Im Dezember 2022 kündigte Wolodymyr Selenskyj ein gezieltes Vorgehen gegen den russischen

kirchlichen Einfluss an, um die »geistlich Unabhängigkeit« des Landes zu sichern – ein Begriff, der problematisch an die »geistliche Sicherheit« in Russland erinnert.

Das rechtliche Vorgehen gegen russische Einflüsse in der UOK ist eine Gratwanderung zwischen dem Schutz vor Kollaboration und einer Verletzung der Religionsfreiheit. Die Stigmatisierung der Gläubigen der UOK, entsprechende Medienkampagnen und pauschale Vorwürfe durch die OKU sind ein großes Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Krieg. Auch die Bestrebungen, die UOK umzubenennen, oder die Einführung des neuen Kalenders als scheinbare Abgrenzung gegen Russland sind Schritte, die die zukünftige Annäherung der beiden orthodoxen Kirchen und innerukrainische Versöhnungsprozesse erschweren.

Gesellschaftlich ist das Vertrauen in die Kirchen laut Umfragen seit Kriegsbeginn signifikant gesunken, sie werden immer weniger als stärkende Ressource für eine gesellschaftliche Identität wahrgenommen. Der jüngste Besuch des Allukrainischen Rates der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Rom, die gemeinsamen Dokumente gegen die »Gender-Ideologie« und zahlreiche gemeinsame Stellungnahmen zum Krieg zeigen, dass strategische Kooperationen zwischen den Kirchen möglich sind. Innerkirchlich ist aber auch klar, dass die Konfliktthemen zwischen den beiden orthodoxen Kirchen nicht allein in der Ukraine und nicht politisch geklärt werden können. Sie würden eine umfassende Initiative der orthodoxen Gemeinschaft erfordern, die jedoch zutiefst zerstritten ist. Die Situation der Kirchen wird darum kompliziert bleiben, und damit auch weiterhin ein leichtes Mittel der Instrumentalisierung durch Russland.

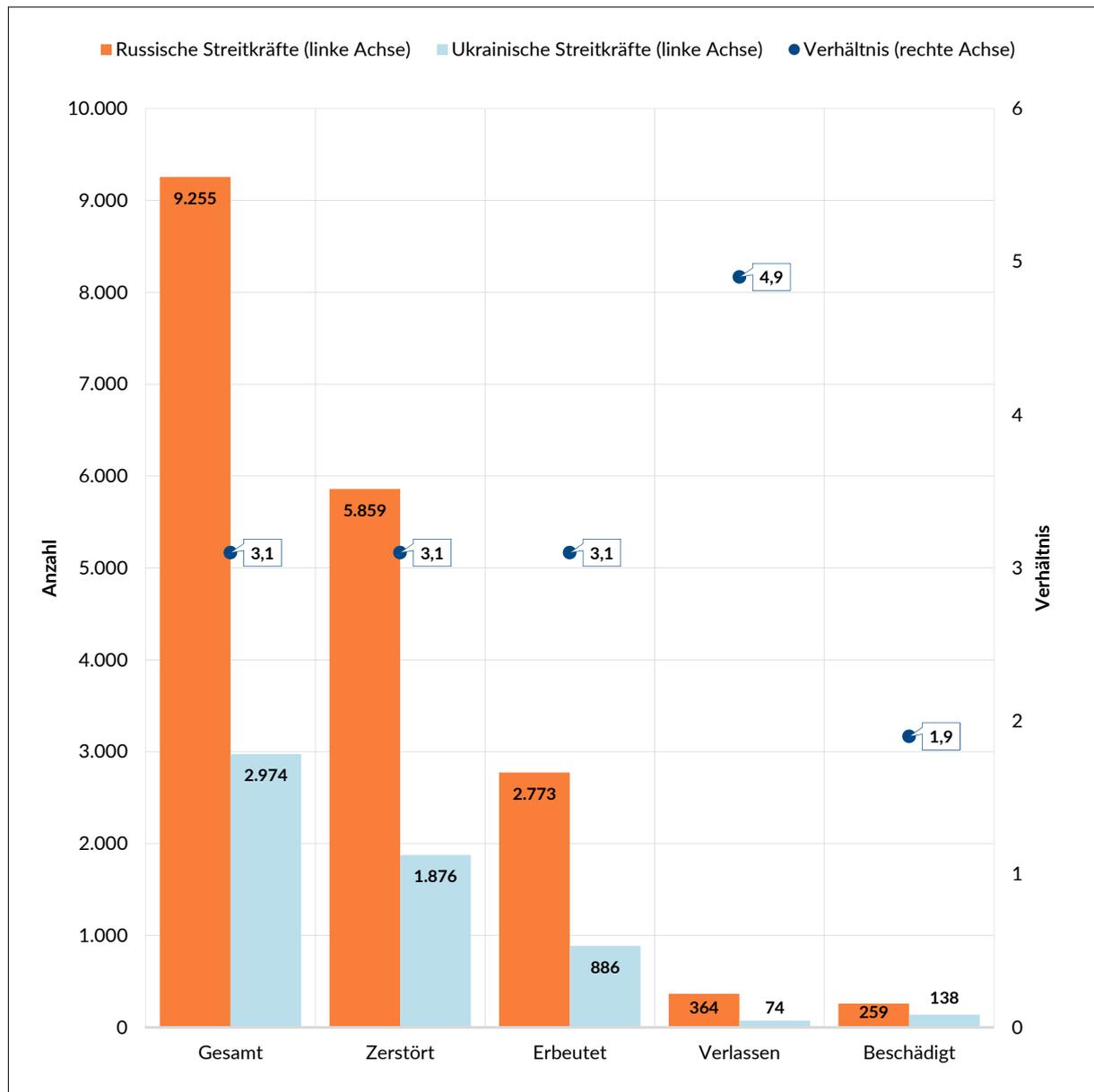
Über die Autorin:

Dr. *Regina Elsner* ist Theologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin (ZOiS). Sie forscht zur Orthodoxie und ihrer gesellschaftlichen Rolle im postsowjetischen Raum.

STATISTIK

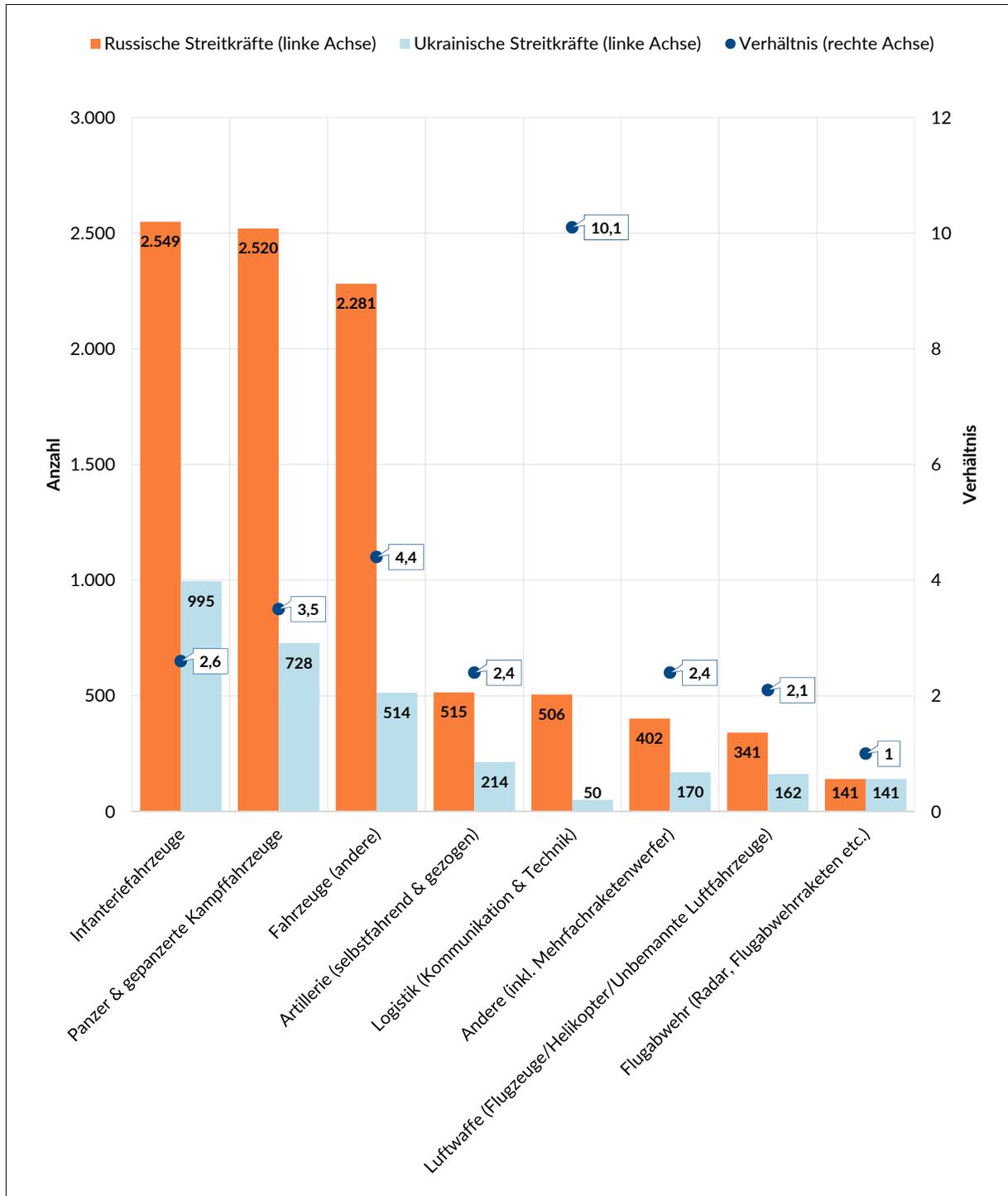
Verluste an Militärmaterial der russischen und ukrainischen Armee

Grafik 1: Visuell bestätigte Verluste der ukrainischen und russischen Armee (insgesamt, Stand: 16.02.2023)



Quelle: https://lookerstudio.google.com/reporting/dfbcec47-7b01-400e-ab21-de8eb98c8f3a/page/p_47udm6dgtc?s=sfJ3zBAwQd0, basierend auf Daten visuell bestätigter Verluste, zusammengestellt von Oryx, <https://www.oryxspioenkop.com/>.

Anmerkung der Redaktion: ORYX ist ein Militär-Blog, der von internationalen Freiwilligen betrieben wird. Die Rechercheure sammeln seit Jahren Verlustmeldungen aus unterschiedlichen bewaffneten Konflikten, darunter dem aktuellen Krieg in der Ukraine. Zu jeder einzelnen Verlustmeldung muss ein Bild oder Videobeweis, meist aus den sozialen Medien, vorliegen, so dass die Angaben glaubhaft sind. Allerdings gibt es wegen der hohen Anzahl von Meldungen einen Rückstau an Meldungen, so die Betreiber des Blogs. Auch seien die ukrainischen Verluste in Wahrheit vermutlich höher: Weil die ukrainische Bevölkerung keine Bilder des eigenen Militärs veröffentlichen soll, gibt es nicht von allen ukrainischen Verlusten Bilder, weshalb diese vermutlich untererfasst sind.

Grafik 2: Visuell bestätigte Verluste der ukrainischen und russischen Armee (nach Art, Stand: 16.02.2023)


Quelle: https://lookerstudio.google.com/reporting/dfbcec47-7b01-400e-ab21-de8eb98c8f3a/page/p_47udm6dgtc?s=sfJ3zBAwQd0, basierend auf Daten visuell bestätigter Verluste, zusammengestellt von Oryx, <https://www.oryxspioenkop.com/>.

Anmerkung der Redaktion: ORYX ist ein Militär-Blog, der von internationalen Freiwilligen betrieben wird. Die Rechercheure sammeln seit Jahren Verlustmeldungen aus unterschiedlichen bewaffneten Konflikten, darunter dem aktuellen Krieg in der Ukraine. Zu jeder einzelnen Verlustmeldung muss ein Bild oder Videobeweis, meist aus den sozialen Medien, vorliegen, so dass die Angaben glaubhaft sind. Allerdings gibt es wegen der hohen Anzahl von Meldungen einen Rückstau an Meldungen, so die Betreiber des Blogs. Auch seien die ukrainischen Verluste in Wahrheit vermutlich höher: Weil die ukrainische Bevölkerung keine Bilder des eigenen Militärs veröffentlichen soll, gibt es nicht von allen ukrainischen Verlusten Bilder, weshalb diese vermutlich untererfasst sind.

CHRONIK

17. – 31. Januar 2023

17.01.2023	Bei einem Treffen mit US-Präsident Joe Biden erklärt der niederländische Premierminister Mark Rutte, dass die Niederlande der Ukraine Patriot-Luftabwehrraketen liefern werden. In seiner allabendlichen Ansprache begrüßt Präsident Wolodymyr Selenskyj die Entscheidung und bedankt sich bei Rutte. Die Niederlande sind nach den USA und Deutschland das dritte Land, das der Ukraine Patriot-Systeme zur Verfügung stellt. Die Luftabwehrraketensysteme sollen ukrainische Städte und die Energieinfrastruktur gegen russische Raketenangriffe schützen.
17.01.2023	Die westlichen Verbündeten sollen die Waffenlieferungen an die Ukraine erhöhen und der Ukraine alle Waffensysteme liefern, mit denen sie umgehen kann, so die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen gegenüber CNN. Sie hoffe, dass es beim nächsten Gipfeltreffen der Ramstein-Gruppe am 20. Januar weitere Zusagen für Waffenlieferungen geben werde.
17.01.2023	Russland hat laut der Beraterin des ukrainischen Präsidenten für Kinderrechte und Rehabilitation Daria Herasymtschuk fast 14.000 ukrainische Kinder verschleppt. »Es ist uns gelungen, die Daten von mindestens 13.899 Kindern, die von der russischen Armee entführt und deportiert wurden, zu identifizieren und zu überprüfen. Leider können wir sagen, dass es uns nur bei 125 von ihnen gelungen ist, sie nach Hause zu bringen«, so Herasymtschuk.
17.01.2023	In einer Videokonferenz sprechen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Präsident Wolodymyr Selenskyj über weitere militärische, humanitäre und finanzielle Hilfen für die Ukraine. Selenskyj bedankt sich für die deutsche Unterstützung. Er sei besonders der deutschen Bevölkerung sehr dankbar, den geflüchteten Ukrainer:innen Schutz und Hilfe anzubieten.
18.01.2023	Im Kyjiwer Vorort Browary kommen bei einem Hubschrauberabsturz auf einen Kindergarten 14 Menschen ums Leben, darunter alle Insassen des Helikopters und ein Kind. An Bord befanden sich Innenminister Denys Monastyrskyj und weitere ranghohe Mitarbeiter:innen des Ministeriums. Die Absturzursache ist unklar, das Wetter war zum Zeitpunkt des Absturzes allerdings schlecht. Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass Polizeichef Ihor Klymenko übergangsweise zum amtierenden Innenminister ernannt wird.
18.01.2023	Laut dem britischen Geheimdienst kontrolliert Russland die Kleinstadt Soledar nordöstlich von Bachmut. Mit Unterstützung der Wagner-Söldner soll es der russischen Armee am 16. Januar gelungen sein, die Stadt Soledar einzunehmen. Die ukrainischen Streitkräfte sollen sich aus der Stadt im Gebiet Donezk zurückgezogen und neue Verteidigungslinien weiter westlich eingenommen haben, so der britische Geheimdienst. Die Ukraine bestätigt die Angaben nicht.
18.01.2023	Unter Berufung auf zwei US-Beamte berichtet CNN, dass die USA Militärhilfen in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar für die Ukraine vorbereiten. Darunter sollen auch moderne Stryker-Radschützenpanzer sein. Dies wäre eines der größten Militärhilfepakete für die Ukraine seit dem Beginn der russischen Invasion im Februar 2022.
18.01.2023	Im Jahresbericht 2022 über die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments Deutschland auf, ohne weitere Verzögerung Leopard 2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Reuters berichtet, dass Deutschland erst grünes Licht für Leopard-Panzer geben wird, wenn die USA der Ukraine gleichzeitig Abrams-Panzer liefern.
18.01.2023	Bei ihrem Besuch in Kyjiw teilt die kanadische Verteidigungsministerin Anita Anand mit, dass Kanada der Ukraine 200 gepanzerte Mannschaftstransporter im Wert von 90 Mio. US-Dollar liefern werde.
19.01.2023	Die Ukraine verurteilt die jüngsten antisemitischen Äußerungen von Russlands Außenminister Sergej Lawrow. Lawrow hatte am Vortag Russen mit den von den Nazis während des Holocausts ermordeten Juden verglichen und den Westen mit Adolf Hitler. Bereits im Mai 2022 hatte Lawrow den jüdischstämmigen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit Hitler verglichen und sagte, »einige der schlimmsten Antisemiten seien Juden«.
19.01.2023	Die Washington Post berichtet, dass der Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, William J. Burns, vergangene Woche nach Kyjiw gereist war, um Präsident Wolodymyr Selenskyj und die ukrainischen Sicherheitsdienste persönlich über die bevorstehenden militärischen Pläne Russlands zu unterrichten.
19.01.2023	Am Vorabend des Ramstein-Gipfels fordert Präsident Wolodymyr Selenskyj weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, darunter auch Kampfpanzer. Der Druck auf Deutschland steigt, Leopard 2-Panzer zu liefern bzw. deren Lieferung aus Drittstaaten an die Ukraine freizugeben. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki kündigt an, notfalls auch ohne Zustimmung aus Deutschland Leopard 2-Panzer an die Ukraine zu liefern.

19.01.2023	Das Europäische Parlament verabschiedet mit großer Mehrheit eine Resolution, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Einrichtung eines Sondertribunals zu unterstützen, das die von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen verfolgen soll. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag (IStGH) begann zwar im März 2022 mit der Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine. Der IStGH kann Russland allerdings nicht belangen, da es das Gründungsstatut des Gerichtshofs nicht unterzeichnet hat. Daher sollen russische Kriegsverbrechen vor einem speziellen Sondertribunal verhandelt werden.
19.01.2023	Schweden kündigt sein 10. Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 419 Mio. US-Dollar an. Darin enthalten sind u. a. das Archer-Artilleriesystem, das zu den weltweit führenden zählt, sowie 50 Stridsfordon 90-Schützenpanzer.
19.01.2023	Dänemark spendet 19 Caesar 155-mm-Haubitzen französischer Bauart an die Ukraine, teilt Reuters mit. 24 Caesar-Haubitzen aus Frankreich sind bereits seit dem Frühsommer 2022 in der Ukraine im Einsatz.
19.01.2023	Das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) wirft dem früheren Direktor des staatlichen Öl- und Gasmopolisten Naftohas, Andrij Koboljew, Veruntreuung vor. Laut NABU soll Koboljew sich 2018 Boni in Höhe von 229 Mio. Hrywnja (ca. 10 Mio. US-Dollar) ausbezahlt haben, was deutlich über den maximal festgelegten Bonuszahlungen von 37 Mio. Hrywnja liegt. Gegen Koboljew, der das Unternehmen von 2014–2021 geleitet hat, wird auch in einem anderen Fall ermittelt. Sollte der einstige Top-Manager schuldig gesprochen werden, drohen ihm bis zu 12 Jahre Haft.
20.01.2023	Im Vorfeld des Ramstein-Gipfels kündigen die USA eines der bisher größten Militärhilfepakete für die Ukraine in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar an. Das Paket umfasst nach Angaben des Pentagon unter anderem 59 Bradley-Schützenpanzer, 90 Stryker-Panzer, 53 minenresistente Fahrzeuge (MRAPS), acht Avenger-Luftabwehrsysteme, HIMARS-Munition und NASAMS Luftverteidigungssysteme.
20.01.2023	Beim 8. Ramstein-Gipfel bedankt sich Präsident Wolodymyr Selenskyj, der virtuell zugeschaltet ist, für neue Waffenlieferungen mit den Worten: »Hundreds of thank you are not hundreds of tank«. Er fordert die Unterstützer der Ukraine, die Bereitstellung von Militärhilfen zu beschleunigen und auch Kampfpanzer, Langstreckenraketen und F-16-Kampfflugzeuge zu liefern. Bereits im Vorfeld des Gipfels wurden von vielen der etwa 50 teilnehmenden Staaten neue Waffenlieferungen bekannt. Was die Lieferung von Kampfpanzern angeht, gibt es allerdings keinen Durchbruch.
20.01.2023	Der neue deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius teilt auf dem Ramstein-Gipfel mit, dass Deutschland in Kürze eine Entscheidung über die Lieferung von Leopard 2-Kampfpanzern treffen werde. Weiterhin gibt Pistorius neue Waffenlieferungen in Höhe von 1 Mrd. Euro bekannt. Darin enthalten sind vor allem Waffen zur Luftverteidigung, darunter ein Patriot-System, 7 Gepard-Flugabwehrkanonenpanzer, Iris-T und weitere Waffensysteme. Seit Beginn der großangelegten Invasion hat Deutschland Waffen im Wert von mehr als 3,3 Mrd. Euro an die Ukraine geliefert, so Pistorius.
20.01.2023	Der finnische Verteidigungsminister Mikko Savola kündigt Finnlands bisher größtes militärisches Hilfspaket für die Ukraine an. Für mehr als 400 Mio. Euro will Finnland der Ukraine schwere Artillerie und Munition liefern.
20.01.2023	Der Spiegel berichtet, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) alarmiert sei über die hohen Verluste der ukrainischen Armee in Bachmut. Der BND soll laut dem Spiegel in dieser Woche in einer Geheimsitzung des Bundestag Sicherheitspolitiker:innen darüber informiert haben, dass die Ukraine täglich eine »dreistellige Zahl von Soldaten« verliert. Die Kämpfe um Bachmut in der Region Donezk dauern seit Monaten an und zählen zu den schwersten in der Ukraine.
21.01.2023	Laut dem ukrainischen Generalstab greift Russland weiterhin vor allem in und um Bachmut in der Region Donezk an. Aber auch in anderen Landesteilen wie der Region Saporischschja habe es verstärkt Angriffe gegeben, bei denen insgesamt fünf Zivilist:innen ums Leben gekommen seien.
21.01.2023	Der ukrainische Generalstab schätzt, dass die Verluste der russischen Armee inzwischen 120.000 Soldaten übersteigen. Russland hat nach ukrainischen Angaben außerdem 3.140 Panzer, 6.256 gepanzerte Kampffahrzeuge, 4.918 Fahrzeuge, 2.135 Artilleriesysteme, 443 Mehrfachraketenwerfer, 220 Luftabwehrsysteme, 287 Flugzeuge, 277 Hubschrauber und 1.891 Drohnen verloren. Aufgrund des Kriegsgeschehens können die Angaben nicht unabhängig überprüft werden.
22.01.2023	Das ukrainische Militär schafft neue Einheiten, die mit westlichem Militärgerät ausgerüstet werden sollen, teilt der Befehlshaber der Streitkräfte, Generalleutnant Serhij Najew, mit. »Wir sind dabei, neue militärische Einheiten zu schaffen. Und unsere nächsten Aktionen werden von ihrer Kampfbereitschaft abhängen. Daher ist die westliche Unterstützung äußerst wichtig«.
22.01.2023	Der französische Präsident Emmanuel Macron schließt die Entsendung von Leclerc-Kampfpanzern in die Ukraine nicht aus. Laut Macron wird eine Entscheidung über die Lieferung von Leclerc-Panzern in die Ukraine in den kommenden Tagen und Wochen getroffen und eng mit anderen Verbündeten abgestimmt.

22.01.2023	Das Ministerkabinett der Ukraine entlässt den stellvertretenden Minister für Infrastruktur und Kommunale Entwicklung Wassyl Losynskyj. Losynskyj wurde am Vortag verhaftet, als er gerade ein Schmiergeld von 400.000 US-Dollar erhielt. Das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) verdächtigt Losynskyj, sich bei der Anschaffung von Generatoren und anderen Geräten bereichert zu haben.
23.01.2023	Die meisten von der Wagner-Privatarmee rekrutierten russischen Häftlinge, die in der Ukraine kämpfen, wurden entweder getötet, verwundet oder sind desertiert, berichtet Olga Romanova von der russischen NGO »Russland hinter Gittern«, die sich für die Rechte von Gefangenen in Russland engagiert. Von den 50.000 Häftlingen, die von der Gruppe Wagner aus russischen Gefängnissen rekrutiert wurden, seien nur noch 10.000 in den Reihen des Militärs, so Romanova.
23.01.2023	Ein Investigativjournalist der renommierten Zeitung Serkalo Nedeli wirft dem Verteidigungsministerium der Ukraine Korruption vor. Bei der Beschaffung von Lebensmitteln für die Streitkräfte sollen teils deutlich überhöhte Preise bezahlt worden sein, was auf Schmiergeldzahlungen hindeute. Mit dem Beginn der russischen Invasion wurde die Transparenz im staatlichen Beschaffungswesen, so auch beim Militär, stark eingeschränkt. Das fördere die Korruption, wirft Serkalo Nedeli dem Ministerium vor.
23.01.2023	Der ukrainische Sicherheitsrat verbietet Staatsbeamten die Ausreise aus der Ukraine, außer für geschäftliche Reisen. Nach dem Kriegsrecht ist es ukrainischen Männern im Alter von 18 bis 60 Jahren untersagt, das Land während des Krieges zu verlassen, es sei denn, sie erhalten von der Regierung eine Sondergenehmigung. Einige ukrainische Staatsbeamte und Geschäftsleute sollen diese Regelung missbraucht haben, darunter der stellvertretende Generalstaatsanwalt Oleksij Symonenko, der über den Jahreswechsel zum Urlaub nach Spanien gefahren war.
23.01.2023	Der einflussreiche stellvertretende Stabschef von Präsident Wolodymyr Selenskyj, Kyrylo Tymoschenko, tritt zurück. Nach Angaben des Rechercheprogramms Bihus.info soll Tymoschenko einen Chevrolet Tahoe, der für die Evakuierung von Zivilist:innen aus Kampfgebieten gespendet wurde, für private Zwecke genutzt haben.
23.01.2023	Der stellvertretende Chef des militärischen Nachrichtendienstes Wadym Skibizkyj erwartet, dass die russischen Streitkräfte ihre Offensive in der Ostukraine im Februar und März wahrscheinlich verstärken werden. Die russischen Truppen sollen ihm zufolge vom Kreml die Anweisung erhalten haben, bis März das gesamte Gebiet Donezk einzunehmen.
23.01.2023	Die EU bewilligt ein weiteres Militärhilfepaket für die Ukraine in Höhe von 542 Mio. Euro, berichtet Reuters unter Berufung auf diplomatische Quellen.
23.01.2023	Im Rahmen seines bisher größten Hilfspakets will Estland der Ukraine alle seine 155-mm-Haubitzen zur Verfügung stellen. »Wir wollen einen Präzedenzfall schaffen, damit andere Länder keine Ausrede mehr haben, warum sie der Ukraine nicht die notwendigen Waffen liefern können, um den Krieg zu gewinnen«, so der estnische Botschafter in der Ukraine, Kaimo Kuusk.
24.01.2023	Der Spiegel berichtet, dass Deutschland entschieden habe, der Ukraine Leopard 2-Panzer zu liefern. Berlin werde auch die Lieferung von Leopard 2-Panzern aus deutscher Produktion aus anderen Ländern genehmigen, schreibt Der Spiegel unter Berufung auf ungenannte Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sind. In diesem Zusammenhang berichtet Associated Press, dass US-Präsident Joe Biden am 25. Januar die Lieferung von amerikanischen Abrams-Panzern in die Ukraine verkünden werde. Deutschland will Leopard 2-Panzer erst liefern, wenn auch die USA Kampfpanzer an die Ukraine liefern. Laut ukrainischen Beamten sollen sich bereits 12 Länder bereit erklärt haben, der Ukraine ca. 100 Leopard 2-Panzer aus deutscher Produktion zu liefern, wenn Berlin es genehmigt.
24.01.2023	Aufgrund mehrerer Korruptionsskandale in den vergangenen Tagen entlässt das Ministerkabinett sechs Regierungsbeamte und gibt grünes Licht für die Entlassung von fünf Gouverneuren. Es ist die größte Regierungs-umbildung seit Beginn der Invasion. Entlassen werden der stellvertretende Verteidigungsminister Wjatscheslaw Schapowalow, der stellvertretende Minister für Sozialpolitik Witalij Musytschenko, die stellvertretenden Minister für territoriale Entwicklung Iwan Lukerja und Wjatscheslaw Nehoda sowie die stellvertretenden Leiter des staatlichen Dienstes für See- und Flussschifffahrt Anatolij Iwankeywtsch und Wiktor Wyschnjow. Darüber hinaus genehmigt die Regierung die Absetzung des Gouverneurs der Region Dnipropetrowsk, Walentyn Resnitschenko, des Gouverneurs der Region Saporischschja, Oleksandr Staruch, des Gouverneurs der Region Sumy, Dmytro Schywyzykyj, des Gouverneurs der Region Cherson, Jaroslaw Januschewytsch, und des Gouverneurs der Region Kyjiw, Oleksij Kuleba. Die EU begrüßt den Schritt da er zeige, dass die Regierung die Korruptionsvorwürfe ernst nehme.

24.01.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet eine Gesetzesverschärfung für Desertion und Befehlsverweigerung in der Armee. Die Verschärfung wird vom Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, unterstützt. Saluschnyj hatte im Dezember eine strengere rechtliche Haftung für Handlungen wie Desertion, Verlassen einer militärischen Einheit oder eines Dienstortes und Verweigerung von Kampfbefehlen gefordert.
25.01.2023	Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius kündigt die Lieferung von 14 Leopard 2-Panzern an die Ukraine an. Die USA kündigen parallel dazu die Lieferung von 31 Abrams-Panzern an die Ukraine an. Außerdem erteilt Pistorius grünes Licht für die Lieferung von Leopard 2-Panzern aus Drittstaaten. Unter anderem Norwegen und Portugal erklären daraufhin, ebenfalls Leopard 2-Panzer zu liefern. Während die deutschen Panzer in den kommenden drei Monaten in der Ukraine eintreffen sollen, werden die amerikanischen Abrams-Panzer später geliefert. Präsident Wolodymyr Selenskyj dankt Deutschland und den USA für die Panzerlieferungen, die »ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Sieg« seien.
25.01.2023	Ein Sprecher des Militärkommandos Ost der ukrainischen Streitkräfte räumt ein, dass die ukrainische Armee sich aus Soledar ca. 10 km nordöstlich von Bachmut zurückgezogen habe, um große Verluste zu vermeiden. Russland hatte bereits vor einigen Tagen die Kontrolle über die Stadt reklamiert. Damit steigt das Risiko einer Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Bachmut in der Region Donezk, die Russland seit Monaten versucht einzunehmen. Auch um Wuhledar greife Russland verstärkt an, berichtet das ukrainische Verteidigungsministerium.
25.01.2023	Das UNESCO-Welterbekomitee erklärt in einer Sondersitzung die Altstadt von Odesa zum Weltkulturerbe und setzt die Stadt auf die Liste der besonders bedrohten Stätten. Odesa ist eine der wichtigsten Hafenstädte der Ukraine und wird immer wieder von russischen Raketen getroffen. Der Titel als Weltkulturerbe soll helfen, die Stadt vor weiteren Zerstörungen zu schützen und besondere Maßnahmen zum Wiederaufbau ermöglichen.
25.01.2023	Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, stellt sich hinter das Verteidigungsministerium. Die Streitkräfte und das Verteidigungsministerium hätten »Nulltoleranz gegenüber Korruption«. Jede Information über Korruption müsse sorgfältig geprüft, rechtlich bewertet und angemessen beantwortet werden. Er dankt dem Ministerium für seine Bemühungen bei der Beschaffung. Zuvor hatte ein Investigativjournalist über Korruption bei der Beschaffung von Lebensmitteln für die Armee berichtet.
26.01.2023	Bei einem weiteren massiven Raketenangriff wehrt die ukrainische Luftverteidigung 47 der 55 Raketen aus Russland ab, allein 20 über Kyjiw. Landesweit kommen 11 Menschen durch die Raketenangriffe ums Leben, 11 weitere werden verletzt. In Kyjiw und den Regionen Odesa und Saporischschja werden Objekte der Energieinfrastruktur getroffen, wodurch es zu Stromausfällen kommt.
26.01.2023	Laut dem ukrainischen Landwirtschaftsministerium haben die Getreideexporte im Rahmen der Schwarzmeer-Getreideinitiative einen Tiefstand erreicht. Konnten im Oktober 2022 noch 4 Mio. Tonnen Getreide über den Seeweg exportiert werden, waren es im Januar nur noch 2,3 Mio. Tonnen. Der Rückgang gehe auf eine absichtliche Blockade durch russische Inspektoren zurück, so das Ministerium in einer Erklärung.
26.01.2023	Die EU sei rechtlich befugt, mindestens 33,8 Milliarden Euro an eingefrorenen Vermögenswerten der russischen Zentralbank für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden, berichtet Bloomberg. Laut dem juristischen Dienst des EU-Rates sei dies »rechtlich machbar, solange die Vermögenswerte nicht enteignet werden und bestimmte Bedingungen erfüllt sind«. Seit dem Beginn der russischen Invasion hat der Westen Vermögen der russischen Zentralbank in Höhe von rund 300 Milliarden US-Dollar eingefroren. Im Oktober 2022 sagte EU-Justizkommissar Didier Reynders, dass es möglich sei, diese 300 Milliarden Euro als Garantie zu behalten, bis Russland sich freiwillig am Wiederaufbau der Ukraine beteiligt.
27.01.2023	Die russische Armee greift vor allem in Richtung Wuhledar an. Dort habe es in den letzten 24 Stunden 322 Angriffe gegeben, bei denen 109 russische Soldaten umgekommen seien, berichtet der Sprecher des Militärkommandos Ost der Streitkräfte der Ukraine, Serhij Tscherewaty. Russland behauptet, Geländegewinne erzielt zu haben, was die Ukraine bestreitet.
27.01.2023	Nach den Zusagen für die Lieferung westlicher Kampfpanzer, die in den kommenden Monaten in der Ukraine erwartet werden, sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass sein Land »jetzt« 300–500 Panzer benötige. Selenskyj bedankt sich für die Lieferungen, fügt aber gleichzeitig hinzu, dass die Ukraine keine Zeit verlieren dürfe, um die Panzer an die Front zu bringen.
27.01.2023	Nachdem die Ukraine Zusagen für Kampfpanzer erhalten hat, wird nun die Lieferung von Kampfjets diskutiert. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius schließt die Lieferung deutscher Kampfjets an die Ukraine aus. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung begründet er die Absage damit, dass Kampfjets viel komplexere Systeme seien als Panzer und eine viel größere Reichweite und Feuerkraft hätten, wodurch der Krieg in Dimensionen vordringen würde, vor denen er warne.

27.01.2023	Laut der estnischen Geheimdienstchefin Margo Grosberg kann Russland seine massiven Raketenangriffe auf die Ukraine bis zu 9 Monate fortführen. Aus dem Bestand von einst ca. 2.500 Raketen habe Russland noch bis zu 1.250 übrig, so Grosberg. Darüber hinaus produziert Russland trotz Sanktionen auf wichtige Bauteile weiterhin Raketen.
28.01.2023	Russland führt seine Offensive im Donbas vor allem in den Gegenden um Bachmut, Awdijiwka und Nowopawliwka fort, teilt der ukrainische Generalstab mit. Außerdem konzentrierte Russland Truppen entlang der südlichen Front, wo eine neue Offensive erwartet werde.
28.01.2023	Die Generalstaatsanwaltschaft verzeichnet seit Beginn der Invasion mehr als 66.500 russische Kriegsverbrechen. Unter anderem sind mindestens 459 Kinder gestorben und 917 wurden verletzt. Um Russland für die Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, befürwortete das Europäische Parlament vor wenigen Tagen die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals zur Verurteilung russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine.
28.01.2023	Nach dem Bekanntwerden mehrerer Korruptionsskandale in den vergangenen Tagen kündigen die USA die Einrichtung einer Arbeitsgruppe an, um Korruption im Rahmen der Ukraine-Hilfen zu verhindern und aufzudecken. Die Arbeitsgruppe besteht aus Inspektoren des Verteidigungs- und Außenministeriums, von USAID und anderen Abteilungen der US-Regierung. Bisher seien jedoch keine Fälle von Korruption im Zusammenhang mit den US-Lieferungen bekannt.
29.01.2023	Die Wagner-Gruppe behauptet, das Dorf Blahodatne, rund 10 Kilometer nördlich von Bachmut, eingenommen zu haben. Dadurch würden ukrainische Nachschubwege abgeschnitten und die Stadt Bachmut weiter eingekesselt. Die Ukraine bestätigt die Angaben nicht.
30.01.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen Mykolajiw. Sie besichtigen ein Krankenhaus, in dem ukrainische Soldaten behandelt werden, sowie zerstörte Infrastruktur. Dänemark unterstützt die Stadt, die seit Beginn der Invasion immer wieder beschossen wird und wo es seit Monaten kein funktionierendes Trinkwassersystem mehr gibt, und hat die Schirmherrschaft über den Wiederaufbau von Mykolajiw übernommen.
30.01.2023	Im Vorfeld des EU-Ukraine Gipfels, der am 3. Februar in Kyjiw stattfindet, teilt Premierminister Denys Schmyhal mit, dass die Ukraine einen »sehr ehrgeizigen« Plan habe, der EU innerhalb der nächsten zwei Jahre beizutreten. »Wir gehen davon aus, dass wir bereits in diesem Jahr, im Jahr 2023, mit den Vorverhandlungen beginnen können«, so Schmyhal.
31.01.2023	Polen sei grundsätzlich bereit, der Ukraine F-16-Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, teilt der Leiter des Präsidialbüros, Andrij Jermak, mit. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki erklärt gegenüber der Presse, dass die Übergabe von Kampfjets an die Ukraine jedoch nur im Einvernehmen mit den NATO-Ländern erfolgen könne und Polen »in enger Abstimmung« mit seinen Verbündeten handeln werde. Auch die Niederlande erwägen, der Ukraine Kampfjets zur Verfügung zu stellen und der französische Präsident Emmanuel Macron schließt eine Lieferung unter bestimmten Umständen nicht aus. Die USA und Deutschland lehnen die Lieferung von Kampfjets bisher jedoch ab.
31.01.2023	Außenminister Dmytro Kuleba geht davon aus, dass die Ukraine in den kommenden Monaten in einem ersten Paket etwa 120–140 westliche Panzer erhalten wird.
31.01.2023	Im neuen Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International (TI) verbessert sich die Ukraine leicht von 32 auf 33 Punkten, wobei der bestmögliche Wert bei 100 liegt. Laut TI sei die Ukraine eines der wenigen Länder, in der sich die Korruptionssituation in den vergangenen Jahren signifikant verbessert habe, seit 2013 um insgesamt 8 Punkte. Im internationalen Vergleich hat sich die Ukraine um sechs Plätze auf Rang 116 verbessert.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.